

Inhaltsverzeichnis

RLA Richtlinienändernde Anträge

RLA-1 Landesvorstand	Änderung §2a	2
RLA-2 Landesvorstand	Änderung §2b	3
RLA-3 Landesvorstand	Änderung §2c	4
RLA-4 Landesvorstand	Änderung §2f	5
RLA-5 Landesvorstand	Änderung §3a	6
RLA-6 Landesvorstand	Änderung §4a	7
RLA-7 Landesvorstand	Änderung §4b	8
RLA-8 Landesvorstand	Änderung §4c	9
RLA-9 Landesvorstand	Änderung §4d	10
RLA-10 Landesvorstand	Änderung §5	11

AP Arbeitsprogramm

AP-1 Landesvorstand	Alles auf Links wenden. Arbeitsprogramm der Jusos Bayern 2019/2020	13
---------------------	--	----

A Arbeit und Ausbildung

A-1 Jusos Oberbayern	Eine gerechte Probezeit und ein Kündigungsschutz für alle!	20
A-3 Jusos Schwaben	Gute Arbeit – Fairer Lohn. Jetzt auch für Pflegekinder!	22
A-4 Jusos Unterfranken	Meldepflicht der Arbeitgeber*innen von offenen Stellen	23

B Bildung

B-2 Jusos Oberbayern	Kostenlose Schulverpflegung und Ernährungsbildung für Schüler*innen	25
B-4 Jusos Schwaben	Antrag auf Änderung der Förderrichtlinien des Programms Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)	26

C Wohnen

C-1 Jusos Oberbayern	Gemeinden im Vorkaufsfall von der Provision befreien	29
----------------------	--	----

D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

D-1	Jusos Oberfranken	Freiwillige vor – alle anderen nicht!	31
D-2	Jusos Oberbayern	Offenlegungspflicht der Methoden für Wahlumfragen und Prognosen	32

E Europa

E-3	Jusos Niederbayern	Aus den Fehlern der Finanzkrise lernen: Wie wir die Währungsunion krisenfest machen	34
-----	-----------------------	---	----

F Feminismus und Gleichstellung

F-1	Jusos Mittelfranken	Für Gleichberechtigung bei der Benennung von Hochschulen	39
F-3	Jusos Niederbayern	Einführung des Internationalen Frauentags als Feiertag in Bayern	40
F-4	Jusos Niederbayern	Antifaschistisch, solidarisch, (queer*-)feministisch! Unser Anspruch einer gerechten Geflüchtetenpolitik	41

G Gesundheit

G-1	Jusos Oberbayern	Apothekenpflicht für Homöopathika so schnell wie möglich abschaffen!	44
-----	------------------	--	----

I Internationales und Frieden

I-1	Jusos Mittelfranken	Solidarität mit den unterdrückten Uigur*innen in der autonomen Region Xinjiang der Volksrepublik China	46
-----	------------------------	--	----

S Sozialpolitik

S-2	Jusos Oberbayern	Kinderarmut abschaffen, Kinder- und Jugendgrundsicherung auf den Weg bringen!	49
-----	------------------	---	----

U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

U-2	Jusos Oberbayern	Einführung einer europäischen CO2-Steuer	52
-----	------------------	--	----

V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

V-5	Jusos Unterfranken	Generelles Tempolimit für PKW, LKW und Bus	55
-----	-----------------------	--	----

INI Initiativanträge

INI-1	Jusos Oberbayern	Entspanntes Enteignen	57
INI-3	Jusos Oberpfalz	Rückholung Nguyen Quang Hong Nhan mit Familie	58
INI-5	Jusos Unterfranken	Dem Sultan von Brunei das Bundesverdienstkreuz aberkennen	59

RLA Richtlinienändernde Anträge

RLA Richtlinienändernde Anträge

RLA-1 Landesvorstand	Änderung §2a	2
RLA-2 Landesvorstand	Änderung §2b	3
RLA-3 Landesvorstand	Änderung §2c	4
RLA-4 Landesvorstand	Änderung §2f	5
RLA-5 Landesvorstand	Änderung §3a	6
RLA-6 Landesvorstand	Änderung §4a	7
RLA-7 Landesvorstand	Änderung §4b	8
RLA-8 Landesvorstand	Änderung §4c	9
RLA-9 Landesvorstand	Änderung §4d	10
RLA-10 Landesvorstand	Änderung §5	11

RLA-1

Titel	Änderung §2a
Antragsteller*innen	Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Änderung §2a

- 1 §2a
- 2 Die Landeskonzferenz hat insbesondere folgende Aufgaben:
- 3 – Kontrolle der Arbeit des Landesvorstandes
- 4 – Beratung über den politischen Bericht des Landesvorstandes
- 5 – Beratung über den Bericht des Landesvorstandes zum Stand der Verbandsorganisation
- 6 – Beratung über den Gleichstellungsbericht
- 7 – Beschlussfassung über gestellte Anträge
- 8 – Beschlussfassung über das Arbeitsprogramm des Landesverbandes
- 9 – Wahl des Landesvorstands
- 10 – Wahl der Bundesausschussmitglieder und stellvertretenden Bundesausschussmitglieder aus den Rei-
- 11 hen des Landesvorstandes
- 12 – Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten des Landesverbandes zum Juso-Bundeskongress.
- 13 – Mitwirkung an der bundesverbandlichen Ausrichtung des Landesverbandes

RLA-2

Titel	Änderung §2b
Antragsteller*innen	Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Änderung §2b

1 §2b

2

3 Die Landeskonzferenz setzt sich zusammen aus 90 Delegierten. Auf jeden Bezirksverband entfallen hierbei fünf
4 Grundmandate. Die verbleibenden Mandate verteilen sich nach dem Verfahren Hare-Niemeyer nach der Zahl
5 der Juso-Mitglieder der Bezirksverbände auf diese. Zugrunde liegt die Mitgliederzahl des letzten Quartals vor
6 der Einberufung.

RLA-3

Titel	Änderung §2c
Antragsteller*innen	Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Änderung §2c

1 §2c

2

3 Mit beratender Stimme nehmen die Mitglieder des Juso-Landesvorstandes an der Landeskonzferenz
4 teil.

RLA-4

Titel	Änderung §2f
Antragsteller*innen	Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Änderung §2f

- 1 §2f
- 2 Zu Landeskonzferenzen sind ferner Vertreter*innen befreundeter Organisationen, insbesondere des Landes-
- 3 verbandes der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“, des DGB-Landesjugendausschusses, sowie
- 4 des Landesjugendwerks der Arbeiterwohlfahrt sowie der Naturfreundejugend einzuladen.

RLA-5

Titel	Änderung §3a
Antragsteller*innen	Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Änderung §3a

1 §3a

2

3 (1) Zur Weiterentwicklung der inhaltlichen Positionen beruft der Landesvorstand Fachkonferenzen ein. Jähr-
4 lich einberufen werden dabei ein Frauenkongress und ein arbeitsmarktpolitischer Kongress. Die Kongresse
5 sind verbandsöffentlich und für entsprechende Kooperationspartner*innen geöffnet.

6 (2) Für die fachliche Themenbearbeitung, kann der Landesvorstand Themenwerkstätten einrichten. Deren Lei-
7 tung wird durch die Fachbeauftragten durchgeführt.

RLA-6

Titel	Änderung §4a
Antragsteller*innen	Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Änderung §4a

- 1 §4a
- 2 Der Landesvorstand führt die Beschlüsse der Landeskonzferenzen aus. Der Landesvorstand erledigt die lau-
- 3 fenden Geschäfte und vertritt die Landesarbeitsgemeinschaft in der Öffentlichkeit.
- 4 Zwischen den Sitzungen des Landesvorstands, erledigt der geschäftsführende Vorstand die anfallenden Aufga-
- 5 ben, die nicht im Landesvorstand geregelt sind. Inhaltliche Entscheidungen sind jedoch dem Landesvorstand
- 6 vorbehalten.
- 7 Der Gesamtvorstand fungiert als beratendes Gremium.

RLA-7

Titel	Änderung §4b
Antragsteller*innen	Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Änderung §4b

- 1 §4b
- 2 (1) Der Landesvorstand setzt sich zusammen aus:
 - 3 – Der/dem Vorsitzenden
 - 4 – Zwei gleichberechtigten Stellvertretungen
 - 5 – Den 12 Sprecher*innen für Fachgebiete
- 6 (2) Die 12 Sprecher*innenressorts gliedern sich in:
 - 7 – Bildung
 - 8 – Innen, Demokratie und Antifaschismus
 - 9 – Internationales und Europa
 - 10 – Wirtschafts- und Sozialpolitik
 - 11 – Umwelt und Energie
 - 12 – Frauen und Gleichstellung
 - 13 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 - 14 – Online-Kommunikation
 - 15 – Politische Bildung
 - 16 – Kampagnen und Publikationen
 - 17 – Verbandsstruktur
 - 18 – Bündnisarbeit und Vernetzung
- 19 (3) Vorsitz und beide Stellvertretungen bilden den geschäftsführenden Vorstand. Mit beratender Stimme
- 20 nimmt an den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstands ebenfalls der/die Landessekretär*in teil.

RLA-8

Titel	Änderung §4c
Antragsteller*innen	Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Änderung §4c

- 1 §4c
- 2 (1) Die Wahl des Landesvorstands findet jährlich statt.
- 3 (2) Scheidet ein Landesvorstandsmitglied vorzeitig aus, muss zur nächsten Landeskonzferenz die Position
- 4 neu gewählt werden. Der Landesvorstand kann bis zur nächsten Landeskonzferenz den Aufgabenbereich kom-
- 5 missarisch besetzen. Der Landesvorstand kann zusätzliche Sonderbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete
- 6 ernennen (Kooptierung). Diese müssen von der nächsten Landeskonzferenz bestätigt werden.

RLA-9

Titel	Änderung §4d
Antragsteller*innen	Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Änderung §4d

1 §4d

2 (1) Mit beratender Stimme nehmen an den Sitzungen des Landesvorstands teil:

- 3 – Mitglieder des Landesverbands im Bundesvorstand der Jusos
- 4 – Der oder die Vertreter*in des Landesverbands im SPD-Landesvorstand
- 5 – Die Vorsitzenden der Regionalbezirke. Sollten diese verhindert sein, dürfen Vertretungen benannt werden.
- 6
- 7 – Eine Vertretung der Juso-Schüler*innen- und Auszubildendengruppe Bayern
- 8 – Eine Vertretung der Juso-Hochschulgruppen in Bayern
- 9 – Der oder die Landessekretär*in

10 (2) Ferner werden als Mitglieder des Gesamtvorstands der Jusos Bayern die in den SPD-Bundes- oder Landesvorstand gewählten Juso-Mitglieder beratend eingeladen.

11

RLA-10

Titel	Änderung §5
Antragsteller*innen	Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Änderung §5

- 1 §5
- 2 Der Landesvorstand kann über die Einsetzung von Projektgruppen bestimmen. Deren Leitung wird durch ei-
- 3 nen gesonderten Beschluss seitens des Landesvorstands bestimmt und eingesetzt.

AP Arbeitsprogramm

AP Arbeitsprogramm

AP-1	Landesvorstand	Alles auf Links wenden. Arbeitsprogramm der Jusos Bayern 2019/2020	13
------	----------------	---	----

AP-1

Titel	Alles auf Links wenden. Arbeitsprogramm der Jusos Bayern 2019/2020
Antragsteller*innen	Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Alles auf Links wenden. Arbeitsprogramm der Jusos Bayern 2019/2020

1 Wir Jusos sind ein eigenständiger Richtungsverband. Wir sind sozialistisch, feministisch und
2 internationalistisch. Dem Antifaschismus sind wir verpflichtet. Wir treten ein für eine Gesellschaft, in der alle
3 Menschen frei und gleich sind und solidarisch füreinander eintreten.

4

5 Wir Jusos sind eine Jugendbewegung. Wir bieten jungen Menschen eine Plattform, um sich
6 über linke Positionen auszutauschen, zu bilden und gemeinsam für eine bessere, eine sozialistische Gesell-
7 schaft zu kämpfen. Wir wollen neue Mitstreiter*innen für die jungsozialistische Bewegung gewinnen und sie
8 dauerhaft binden. Wir werden deshalb unsere Mitgliederwerbung verstetigen und noch stärker auf betei-
9 gungsorientierte Prozesse achten.

10

11 Wir Jusos sind eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD. Wir bleiben der Mutterpartei in kritischer Solida-
12 rität verbunden. Wir wollen den Zusammenhalt in der Partei stärken und vor allem linken Genossinnen und
13 Genossen aller Altersklassen ein Ankerpunkt sein. In der Gremienarbeit wollen wir ständige Ansprechpart-
14 ner*innen sein, um die Erneuerung der Partei zusammen mit den jungsozialistischen Genoss*innen Hand in
15 Hand voran zu tragen.

16 Wir werden weiterhin unsere Überzeugungen und Positionen vehement in die SPD tragen und uns für ihre
17 Umsetzung stark machen. Dazu gehört auch, dass wir unsere Mitglieder, die sich als Jusos verstehen, dabei
18 fördern für SPD-Ämter zu kandidieren.

19

20 **Kommunalwahl**

21

22 Beste Gelegenheit dazu ist die anstehende Kommunalwahl. Wir werden sie nutzen. Wir werden Jusos em-
23 powern und ermutigen sich für die Kommunalwahlen aufstellen zu lassen. Sowohl auf Gemeinde, Stadt und
24 Kreis Ebene als auch als Bürgermeister*innen oder Landrät*innen. Die Kommunalwahl 2020 ist für uns Jusos
25 und die Sozialdemokratie in Bayern eine richtungsweisende Wahl. Hier müssen wir den Menschen vor Ort zei-
26 gen, dass es sich lohnt ihre Stimme für eine sozialistisch demokratische Zukunft zu geben. Deshalb wollen wir
27 den Kommunalwahlkampf im kommenden Jahr aktiv mitgestalten. Dabei ist vor allem die Unterstützung der
28 Juso Strukturen vor Ort wichtig. Für die Kommunalwahl 2020 wollen wir den Jusos in den Gemeinden, Städten
29 und Landkreisen auch inhaltliche Unterstützung geben. Dazu wollen wir ein Jugendwahlprogramm zur Kom-
30 munalwahl als Vorlage für die Unterbezirke erarbeiten. Denn unsere Vorstellungen von Freiheit, Gerechtigkeit
31 und Solidarität wollen wir auch direkt vor Ort umsetzen.

32

33 Für den Wahlkampf wollen wir unsere How-to-Broschüre nochmals ergänzen und den Unterbezirken zugäng-
34 lich machen. Zum Kommunalwahlkampf führen wir 2020 einen Basiskongress durch, auf dem wir unter an-
35 derem auch Wahlkampfworkshops anbieten. Beim Online Wahlkampf werden wir die Juso-Strukturen vor Ort
36 beraten und unterstützen. Wichtig ist uns vor allem der Support unserer Juso-Kandidierenden. Dabei muss
37 klar sein, dass nicht jede Kandidatur unter 35 automatisch eine Juso-Kandidatur ist. Weiterhin werden wir ak-
38 tive Jusos, die sich bei uns engagieren und unsere Inhalte teilen, in besonderem Umfang unterstützen. Um
39 dies besser koordinieren zu können, wird ein Unterstützer*innenpool angelegt, über den zentral zu Veran-
40 staltungen und Aktionen informiert und mobilisiert wird. Um den Austausch unter den Kandidierenden zu
41 gewährleisten werden wir eine Vernetzungsgruppe einrichten, die über den gesamten Wahlkampf hinweg be-
42 stehen bleibt.

43

44 **Solidarität mit den Ost-Landesverbänden**

45

46 Noch vor den Kommunalwahlen in Bayern finden noch in diesem Jahr Landtagswahlen in Brandenburg und
47 Sachsen (01.09.) und in Thüringen (27.10.) statt. Die ostdeutschen Juso-Verbände stehen dabei vor zahlreichen
48 Herausforderungen: ein sehr niedriger Organisationsgrad, kaum hauptamtliche Strukturen, eine immer stär-
49 ker werdende AfD. Wir dürfen unsere Genoss*innen mit dieser Situation nicht alleine lassen! Genau so wie
50 wir im Landtagswahlkampf 2018 unterstützt wurden, wollen wir dieses Jahr gemeinsame Wahlkampf-Touren
51 nach Sachsen, Thüringen und Brandenburg organisieren. Dort wollen wir tatkräftig im Wahlkampf, insbeson-
52 dere in den letzten Wochen vor der Wahl, mit anpacken und so viel Menschen wie möglich von unseren Kandi-
53 dat*innen und von unserem Programm überzeugen. Das gilt insbesondere für die Wahlkreise, in denen Jusos
54 kandidieren.

55

56 **Linkswende**

57

58 Zum 50-jährigen Jubiläum der Linkswende werden wir in Bayern Jusos und Ehemalige aus dem gesamten
59 Bundesgebiet begrüßen können. Wir als Jusos Bayern freuen uns Gastgeberin zu sein. Das Jubiläum wird am
60 historischen Ort in der Alten Kongresshalle in München gefeiert. Um den Bundesverband bei der Ausrichtung
61 zu unterstützen, übernehmen die Jusos Bayern die Buchung der Räume und gestalten ein Rahmenprogramm.
62 Dazu wird die bereits eingesetzte Arbeitsgruppe Linkswende weitergeführt. Des Weiteren stellen wir zahlreiche
63 Helfer*innen zur Veranstaltung selbst.

64 Das Jubiläum der Linkswende ist für uns nicht nur ein Festakt, sondern auch ein Auftrag unsere grundlegenden
65 Positionen immer wieder zu diskutieren und zu überprüfen. Als Jusos Bayern treiben wir deshalb ein neues
66 Grundsatzprogramm der Jusos voran und bringen uns aktiv in den Prozess ein.

67

68 **Bundesebene**

69

70 Insgesamt gestaltete sich die Arbeit auf Bundesebene in den letzten Jahren für die Jusos Bayern sehr posi-
71 tiv. Mit Sepp Parzinger (Stellvertretender Bundesvorsitzender) und Hannah Fischer (Kooptiert für Umweltthe-
72 men) sind wir im Bundesvorstand hervorragend vertreten. Mit unseren Anträgen auf Bundeskongressen sowie
73 durch die Entsendung von Delegierten und Expert*innen in die Bundesprojekte bestimmen wir die inhaltli-
74 che Ausrichtung des Verbandes entscheidend mit. Diesen Kurs wollen wir auch in Zukunft aufrechterhalten
75 und uns mit vollem Engagement im Bundesverband einbringen.

76

77 **Internationales**

78

79 Die Jusos Bayern sind ein internationaler Richtungsverband, dessen Ziel es ist neben der inhaltlichen interna-
80 tionalen Arbeit auch europäische und weltweite Kontakte zu knüpfen und zu pflegen. Wir Jusos sehen uns als
81 Teil der internationalen sozialistischen Jugendbewegung und verfolgen das Ziel, dieser zu neuer Stärke zu ver-
82 helfen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir wieder mehr Mitglieder für internationale Arbeit begeistern
83 und Netzwerke über die Bundesgrenzen hinaus knüpfen. Dabei gilt es, bestehende Expertise zu nutzen und
84 im politischen Bildungsprogramm attraktive Angebote zu schaffen.

85

86 Die wichtigsten Säulen unserer politischen Bildungsarbeit für die internationale Politik sollen das Grundla-
87 genseminar der Themenwerkstatt Internationales und die Wochenenden der Themenwerkstätten sein. Die
88 Wochenenden werden wir zunächst zur Weiterbildung, später zum Knüpfen neuer Kontakte und zum Auslo-
89 ten neuer Internationaler Angebote für unsere Mitglieder nutzen. Einen Meilenstein dieser Angebote stellt die
90 Delegationsreise nach Israel und Palästina im vergangenen Jahr dar. Auch diese bestehenden Kontakte gilt es
91 zu pflegen und daraus feste Bündnisse zu schaffen. In diesem Jahr wird mit einer Incoming-Delegation aus
92 diesen beiden Ländern die wertvolle Arbeit des vergangenen Jahres fortgesetzt.

93

94 Im Jahr der Europawahlen wollen wir einen besonderen Fokus auf die Europäische Union setzen. Es gibt viele
95 Möglichkeiten für uns als Verband aktiv zu werden und uns einzumischen. Verbandsamps, insbesondere mit
96 unseren Genoss*innen in den Nachbarländern, wie Österreich und der Schweiz wollen wir auch in Zukunft
97 pflegen. Aber auch neue Bündnisse sind für uns wichtig. In diesem Zusammenhang stellen sich auch folgen-
98 de Fragen: Wie geht es mit der Labour Party im Vereinigten Königreich nach dem Brexit weiter? Wie arbeiten
99 die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Ungarn und Polen, wenn rechtsstaatliche Prinzipien
100 ausgehöhlt werden? Wie können wir unsere Schwesterverbände in den Ländern des ehemaligen Jugoslawi-
101 ens bei ihren Kampagnen für Wohlstand und gegen Korruption stärken? Hier bietet es sich an Treffen und
102 Delegationsreisen zu organisieren, wo es unsere Ressourcen erlauben. Wir wollen zudem daran arbeiten, die
103 Bewerbungs- und Auswahlprozesse solcher Formate so inklusiv und transparent wie möglich zu gestalten.
104 Unser Ziel ist es, Veranstaltungsformate zu entwickeln, bei denen alle Jusos dabei sein können.

105

106 Wir werden uns auch an der internationalen Arbeit unseres Bundesverbandes aktiv beteiligen. Wir begleiten
107 die Arbeit der Young European Socialists, sowie der International Union of Socialist Youth kritisch und werden
108 die Bündnisarbeit des Juso-Bundesverbandes stärken. Wir setzen uns hier für handlungsfähige internationale
109 Dachverbände ein, die leicht zugängliche Angebote für unsere Mitglieder schaffen. Wir empowern mehr Jusos
110 aus Bayern, das Seminarprogramm unserer Dachverbände wahrzunehmen und hier als Multiplikator*innen
111 zu wirken.

112

113 **Antifaschismus**

114

115 Wir Jusos Bayern sind ein antifaschistischer Richtungsverband. Der Kampf gegen Rechts nimmt einen zentra-
116 len Platz in unserer politischen Arbeit ein – in der theoretischen Arbeit wie auch auf der Straße. Mit Erschrecken
117 müssen wir feststellen, dass sich menschenfeindliche Ansichten wieder stärker in die politische Kultur dieser
118 Gesellschaft fressen. Die Arbeiter*innenbewegung und in ihr die Sozialdemokratie sind seit jeher und wer-
119 den immer ein glaubhaftes Bollwerk gegen solche Entwicklungen sein. Wir verstehen es als unsere Aufgabe
120 als Jusos, dies immer wieder in Erinnerung zu rufen. Für unsere praktische Arbeit gegen Rechtsextremismus
121 werden wir uns auch weiterhin in antifaschistischen Bündnissen engagieren und an der Organisation und
122 Durchführung von Demonstrationen beteiligen. Darüber hinaus schärfen wir unser theoretisches Profil in der
123 Themenwerkstatt Inneres und in den Seminaren unseres Bildungsprogramms.

124 **Feminismus**

125 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. Feminismus ist für uns keine leere Worthölse, die wir uns
126 auf unsere Fahnen schreiben – wir füllen Feminismus mit Leben und werden weiterhin für eine gleichgestellte
127 Welt kämpfen.

128 Im Rahmen dessen haben wir in den vergangenen Jahren viel Bildungsarbeit geleistet, unter anderem die
129 Frauen*konferenz. Diese möchten wir auch im nächsten Jahr wieder durchführen. Für einen Verband, der
130 seine weiblichen Mitglieder empowert, ist diese Veranstaltung ein Paradebeispiel.

131 Unsere Themenwerkstatt Frauen und Gleichstellung, in der Juso-Frauen sich vernetzen können und auch in-
132 haltlich unseren Verband weiterhin feministisch prägen, ist eine weitere tragende Säule unserer Arbeit.

133 Im Rahmen unseres Bildungsprogramms wird weiterhin ein Fokus auf Feminismus gelegt. Das Frauen-
134 Rhetorikseminar ist inzwischen fester Bestandteil unserer Frauenförderung. Daraus erwachsen sind vernetzte,
135 starke Frauen, die für ihre Rechte immer wieder ihre Stimme erheben.

136

137 **Themenwerkstätten**

138 Eine vitale inhaltliche Arbeit ist ohne starke Themenwerkstätten undenkbar. Sie werden auch im nächsten Jahr
139 die inhaltliche Arbeit des Landesverbands zwischen den Landeskonzferenzen leisten. Die Öffnung der Themen-
140 werkstattswochenenden für alle Mitglieder hat sich bewährt, wir müssen jedoch weiterhin Konzepte entwi-
141 ckeln, wie die Arbeit der Kommissionen noch mehr an Kontinuität und Professionalität gewinnen kann. Die
142 bewährte Struktur des Tagens an drei Wochenenden pro Jahr wird fortgeführt. Die sechs Themenwerkstätten
143 sind:

144 • Innenpolitik, Demokratie und Antifa (IDA)

145 • Wirtschaft und Soziales

146 • Umwelt und Energie

147 • Internationales und Europa

148 • Bildung

149 • Frauen und Gleichstellung

150 **Öffentlichkeitsarbeit**

151

152 Unsere Gestaltungsfähigkeit hängt nicht nur von guten Ideen ab, sondern auch davon, wie wir sie kommu-
153 nizieren und verbreiten. Entsprechend müssen wir uns nicht nur als linker Gegenpol zu neoliberalen Kräften
154 positionieren, sondern auch als solcher in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Daher kommt der Öff-
155 fentlichkeitsarbeit eine zentrale Rolle in der Vorstandsarbeit zu. Unser Ziel ist es dabei, die von uns gefassten
156 Ideen, Beschlüsse und Überzeugungen unmissverständlich in der Öffentlichkeit zu platzieren und eine eindeu-
157 tige Identifizierung mit uns zu gewährleisten. Wir sind die zentrale, linke Kraft in Bayern und als solche müssen
158 wir in der öffentlichen Debatte auch wahrgenommen werden.

159

160 Wir forcieren die Verstärkung unserer medialen Präsenz sowie die Verbreiterung unserer

161 Reichweite in den sozialen Kanälen. Innerhalb des letzten Jahres haben wir durch stetige Arbeit in den sozia-
162 len Netzwerken die 4.500-Follower-Marke auf Facebook und die 1.500er-Marke auf Twitter überschritten. Wir
163 setzen uns mindestens 5.000 Likes auf Facebook bis 2020 zum Ziel. Die Arbeit auf Instagram wird ausgebaut:
164 Durch regelmäßige Posts über die Vielfalt der Aktivitäten und Themengebiete unseres Verbands, Abwechslung
165 in der Art der Medien, Austausch im Verband und darüber hinaus.

166 Wir werden eine gesonderte Klausurtagung für die Social Media Arbeit durchführen. Ergebnisse und beschlos-
167 sene interne Arbeitsabläufe sollen anschließend Zuständigen in der Online-Arbeit vor Ort zur Verfügung ge-
168 stellt werden.

169

170 Wir wollen unsere Pressearbeit weiter professionalisieren, indem wir die Themenwerkstätten stärker einbin-
171 den und Know How einholen. Insbesondere inhaltliche Meldungen zur Landespolitik sollen ausgebaut werden.
172 Pressemitteilungen des Juso-Landesverbandes sollen zukünftig stärker für die Arbeit vor Ort genutzt werden

173 können. Mediale Aufmerksamkeit ist in lokalen Medien leichter zu erzielen als auf überregionaler Ebene. Wir
174 werden daher vermehrt Pressemitteilungen für die lokalen Gliederungsebenen zur Verfügung stellen.

175 **Juso-Hochschulgruppen und Juso-Schüler*innen und Auszubildendengruppe Bayern (JSAG)**

176 Die Juso-Hochschulgruppen und die Juso-Schüler*innen- und Auszubildendengruppe Bayern stellen bedeu-
177 tende Vorfeldorganisationen an den bayerischen Schulen, Universitäten und Hochschulen dar. Die Wahlen
178 der Studierendenvertretungen stellen trotz der gesetzlichen Nichtverankerung der ASten eine wichtige Platt-
179 form für Jusos dar, die sich gezielt für verbesserte Studienbedingungen und einen freien Zugang zu Bildung
180 einsetzen. Besonders erfreulich ist, dass es neben einigen Neugründungen auch wieder eine sehr beständige
181 Arbeit der Hochschulgruppen im Rahmen der Landeskoordinierungstreffen gibt. Diese kann auch im kommen-
182 den Jahr auf die tatkräftige Unterstützung des Landesvorstands zählen. Insbesondere auch bei Wahlkämpfen
183 zu Hochschulwahlen.

184 Der Landesvorstand begrüßt die inhaltlich ausgewogene Ausrichtung der JSAG, die sich sowohl mit der Schul-
185 bildung als auch in besonderem Maße mit Berufsausbildung befasst, ausdrücklich. Der Landesvorstand wird
186 die Arbeit der JSAG in diesem Sinne weiterhin gerne unterstützen.

187 **Bündnisarbeit**

188

189 Um unserer Idee eines demokratischen Sozialismus Schritt für Schritt näher zu kommen, braucht es eben-
190 falls Mitkämpfer*innen außerhalb der Parteistrukturen. Wie schon in den letzten Jahren, legen wir aus diesem
191 Grund viel Wert auf den Kontakt und die Zusammenarbeit mit anderen Jugendverbänden der Arbeiter*innen-
192 bewegung und befreundeten Organisationen.

193

194 Dabei ist es wichtig eine gute, bestehende Zusammenarbeit zu pflegen, wie es zum Beispiel mit der DGB Jugend
195 und den Jugendorganisationen der DGB-Mitgliedsgewerkschaften der Fall ist und den Kontakt zu anderen
196 Bündnispartner*innen zu knüpfen, oder wieder aufzufrischen. Viele Mitglieder der Jusos Bayern sind auch in
197 anderen Organisationen aktiv, diese direkten Verbindungen werden wir hierfür verstärkt nutzen.

198 Die Idee ist es unsere Verbündeten nicht nur zu unseren Veranstaltungen einzuladen, sondern auch aktiv
199 an unserer inhaltlichen Arbeit zu beteiligen. So planen wir gemeinsame themenbezogene Veranstaltungen
200 zu organisieren, wie es mit dem inzwischen jährlich stattfindenden Arbeitsmarktpolitischen Kongress der Fall
201 ist.

202 Der Austausch und die Zusammenarbeit auf diesem Kongress verdeutlicht genau, dass gemeinsame Ziele mit
203 vereinten Kräften erreicht werden können. Wie erfolgreich diese Zusammenarbeit ist zeigt nicht nur, dass
204 diverse auf dem Kongress entstandene Anträge inzwischen Beschlusslage der Jusos auf Bundesebene sind,
205 sondern auch Teil der Debatte um die Novellierung des BBiG und sowohl vom Parteivorstand, als auch der
206 Bundestagsfraktion mitgetragen werden. Auch 2019 werden wir zusammen mit der DGB Jugend Themen dis-
207 kutieren, die vor allem junge Arbeitnehmer*innen, Auszubildende und dual Studierende betreffen. Als Jung-
208 sozialist*innen gewerkschaftlich organisiert und engagiert zu sein, gehört zu unserem Selbstverständnis als
209 Teil der internationalen Arbeiter*innenbewegung.

210

211 Verstärken möchten wir die Zusammenarbeit mit anderen AGs innerhalb der SPD. Das Expert*innenwissen,
212 welches wir in AGs wie SPD Queer oder der AsF finden, wollen wir nutzen. Des Weiteren sind sie für uns wichtige
213 Ansprechpartner*innen um gemeinsame Themen innerhalb der Mutterpartei zu setzen.

214

215 **Evaluation der GroKo innerhalb der SPD**

216

217 Insbesondere zur Evaluation der Großen Koalition bietet sich eine solche Zusammenarbeit an: Es war die Vor-
218 bedingung der GroKo-Debatte in der SPD: 2020 – zur Halbzeitpause – wird bewertet, ob sich die Hoffnungen
219 in der neuen Koalition bewährt haben.

- 220 Für uns steht fest: Die natürliche Konsequenz aus dieser Prämisse bedeutet ein Ende der Groko.
- 221 Noch mehr als zuvor beweist sich die Union als kompromisslos, setzt sich über die Koalitionspartnerin hinweg
222 und inszeniert interne Konflikte. Nach diversen Blamagen wie etwa in der Causa Maaßen und den resultie-
223 renden Wahlniederlagen in den Ländern hängt vielleicht nicht zuletzt der Fortbestand unserer Mutterpartei
224 daran, diese Koalition aufzukündigen. Ein Bruch muss an Inhalten festgemacht werden, wodurch eine inhalt-
225 liche Festigung und letztlich auch ein Linksruck unvermeidlich ist.
- 226
- 227 Nur durch eine inhaltliche Stärkung kann auch vermieden werden, dass die Zeit in der Opposition nicht wie
228 2009-2013 zur Wartezeit verkommt. Es braucht nicht weniger als einen alternativen Gesellschaftsentwurf zur
229 bürgerlichen, neoliberalen und teils reaktionären politischen Rechten von Union, Freien Wähler, FDP und
230 AfD.
- 231
- 232 Zuvorderst muss das in Bayern passieren. Die Härte der Wahlniederlage ist sicherlich auch auf die sozialde-
233 mokratische Politik in Berlin zurückzuführen. Dies reicht allerdings als Begründung nicht aus, wie das hes-
234 sische Ergebnis im Vergleich zeigt. Konsequenz muss sein, dass man zum einen in Berlin kräftig auf die viel
235 beschworene Erneuerung pocht, allerdings zuhause im eigenen Landesverband unabhängig davon Conse-
236 quenzen zieht.
- 237
- 238 In unseren Erwartungen zur Neuaufstellung der SPD in Bund und Freistaat sehen wir gute Ansätze in den
239 jeweiligen Vorständen. Nichtsdestotrotz ist es unsere Aufgabe und Verantwortung als Jusos, diese Entwick-
240 lungen voranzutreiben und zu forcieren. Das bedeutet auch kein Ende der solidarischen Auseinandersetzun-
241 gen.
- 242
- 243 Wir bleiben kämpferisch. #noGroKo

A Arbeit und Ausbildung

A Arbeit und Ausbildung

A-1	Jusos Oberbayern	Eine gerechte Probezeit und ein Kündigungsschutz für alle!	20
A-3	Jusos Schwaben	Gute Arbeit – Fairer Lohn. Jetzt auch für Pflegekinder!	22
A-4	Jusos Unterfranken	Meldepflicht der Arbeitgeber*innen von offenen Stellen	23

A-1

Titel	Eine gerechte Probezeit und ein Kündigungsschutz für alle!
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskongress

Eine gerechte Probezeit und ein Kündigungsschutz für alle!

- 1 Eine Probe- und Abtastphase ist notwendig und sinnvoll zu Beginn eines Beschäftigungsverhältnisses. Die-
2 ses
- 3 muss jedoch im Verhältnis zur Beschäftigung und zur Beschäftigungsdauer stehen. Die derzeitige Rege-
4 lung
- 5 der Probezeit steht in keinsten Weise in einem so gearteten Verhältnis.
- 6 Die möglichen Auslegungen der Probezeitregelungen dienen hauptsächlich dem Interesse der Arbeitgeben-
7 den. Zwar ist im im BGB festgelegt, dass die Probezeit „längstens für die Dauer von sechs Monaten“ gilt,
8 den-
- 9 noch sieht es in der Realität anders aus. Eine Probezeit, die mit sechs Monaten ausgelegt ist, wird in der Re-
10 gel
- 11 nicht geprüft und muss nicht begründet werden. In einigen Berufen ist es allerdings üblich, selbst wenn die-
12 se
- 13 Arbeitsverhältnisse befristet sind, die Probezeit zu verlängern. Hierbei handelt es sich meist um künstleri-
14 sche
- 15 Berufe. Auch in diesen Berufssparten finden wir, muss eine Feststellung der Kompatibilität zwischen
16 der*dem
- 17 Arbeitgebenden und der*dem Arbeitnehmenden innerhalb sechs Monate möglich sein. Deswegen fordern wir
18 die maximale Dauer der Probezeit, ohne Ausnahme, auf sechs Monate zu beschränken.
- 19 Des Weiteren ist sogar eine Probezeit, die über die Anstellungsdauer hinausgeht, möglich. Ist eine Person
20 zum
- 21 Beispiel für vier Monate angestellt, kann die Probezeit trotzdem sechs Monate betragen. Bei einer Verlänge-
22 rung der Anstellung, verfallen die zwei Monate nicht, sondern werden einfach weiterhin als Probezeit gewer-
23 tet.
- 24 Dies bedeutet eine wahnsinnige Unsicherheit und einen riesigen Druck auf Arbeitnehmende, die sich in die-
25 sen
- 26 Fällen eh schon in befristeten Arbeitsverhältnissen befinden. Aus diesem Grund fordern wir eine Staffelung
27 der
- 28 Dauer der Probezeit, die sich an der Dauer der Anstellung misst und diese in keinem Fall überschreiten
29 darf.
- 30 Außerdem ist die Möglichkeit Arbeitnehmer*innen zur Erprobung zu befristen abzuschaffen, die Probezeit
31 ist

- 32 hier ausreichend. §14 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 TzBfG ist daher zu streichen.
- 33 Als weiteres Manko sehen wir auch den Geltungsbereich und das geltend werden des Kündigungsschutz-
34 gesetzes. Selbst bei einer dreimonatigen Probezeit, gilt die Schutzwirkung des Kündigungsschutzgesetzes
35 erst
- 36 nach dem sechsten Monat der Betriebszugehörigkeit eines*iner Arbeitnehmer*in. Dies gilt auch nur für Be-
37 triebe mit mehr als 10 Angestellten. Um hier nicht eine versteckte Verlängerung der Probezeit zu ermögli-
38 chen,
- 39 fordern wir das Inkrafttreten des Kündigungsschutzgesetzes mit dem Tag des Auslaufens der Probezeit.
40 Dies
- 41 muss auch für Kleinbetriebe gelten. Es ist für uns nicht ersichtlich, weshalb Arbeitnehmende in Kleinbetrie-
42 ben
- 43 unter einem geringerer Arbeitnehmer*innenschutz leiden sollten.

A-3

Titel Gute Arbeit – Fairer Lohn. Jetzt auch für Pflegekinder!

Antragsteller*innen Jusos Schwaben

Adressat*innen

Gute Arbeit – Fairer Lohn. Jetzt auch für Pflegekinder!

- 1 Pflegekinder sind verpflichtet, bis zu 75 Prozent ihres Einkommens, beispielsweise Ausbildungsvergütungen,
2 als Kostenbeitrag abzugeben. Wir sehen dies als unsozial und unsolidarisch an und fordern eine Abschaffung
3 des §94 VI SGB VIII.
- 4 Junge Erwachsene, die ins Berufsleben eingestiegen sind, müssen einen Kostenbeitrag an das Jugendamt ab-
5 treten, der bis zu 75% des Einkommens betragen kann. Hier bedient sich der Staat bei Heranwachsenden,
6 die gerade lernen Verantwortung zu übernehmen. Die Begründung für diese horrenden Abgaben ist, dass
7 die Pflegeeltern Bezüge für das Pflegekind erhalten. Hat das Pflegekind nun ein eigenes Einkommen, so holt
8 sich der Staat hier Geld zurück. Dies widerspricht nicht nur unserem Solidaritätsprinzip, man kündigt es hier
9 für die mitunter Schwächsten unserer Gesellschaft regelrecht auf! Das Pflegekind kann nichts dafür, in einer
10 Pflegefamilie aufzuwachsen. Darüber hinaus erscheint es kontrainitativ, gerade die Azubis zu belasten. Hier-
11 durch wird die Abhängigkeit der Pflegekinder von den Pflegeeltern verfestigt. Während beispielsweise bei der
12 Bafög-Berechnung das Azubi-Einkommen der Geschwister beim Einkommen der Eltern angerechnet werden,
13 da der Staat davon ausgeht, dass die Azubis weniger Geld von ihren Eltern benötigen und diese damit mehr
14 Einkommen zur Verfügung haben, zelebriert man bei Pflegekindern eine Abhängigkeit von den Pflegeeltern.
15 Wir Jusos stehen dafür, dass gute Arbeit gerecht entlohnt werden soll. Es kann nicht richtig sein Jugendlichen
16 zu vermitteln, dass sie von beispielsweise 800€ Ausbildungsvergütung nur 200€ behalten dürfen, während
17 die Arbeit der Mit-Azubis mit dem vollen Betrag entlohnt wird. Mit dem Gesetz zur Stärkung von Kindern und
18 Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG) wurde in der letzten Legislaturperiode auf Bundes-
19 ebene versucht, den Kostenbeitrag auf 50% abzusenken und Freibeträge einzuführen. Das Gesetz wurde je-
20 doch vom Bundesrat nicht angenommen. Diese Punkte waren zwar grundsätzlich begrüßenswert, gehen uns
21 jedoch nicht weit genug. Wir fordern deshalb die Abschaffung des §94 VI SGB VIII um arbeitenden Pflegekin-
22 dern gerechten Lohn zu ermöglichen.

A-4

Titel Meldepflicht der Arbeitgeber*innen von offenen Stellen
Antragsteller*innen Jusos Unterfranken
Adressat*innen

Meldepflicht der Arbeitgeber*innen von offenen Stellen

- 1 Wir fordern eine grundsätzliche Meldepflicht aller Arbeitgeber*innen für alle zu besetzenden Stellen in sämt-
- 2 lichen Berufsarten an die Bundesagentur für Arbeit. Die Stellenangebote sollen innerhalb von zwei Wochen
- 3 online und kostenlos aufzugeben sein.

B Bildung

B Bildung

B-2	Jusos Oberbayern	Kostenlose Schulverpflegung und Ernährungsbildung für Schüler*innen	25
B-4	Jusos Schwaben	Antrag auf Änderung der Förderrichtlinien des Programms Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)	26

B-2

Titel	Kostenlose Schulverpflegung und Ernährungsbildung für Schüler*innen	
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern	
Adressat*innen	BayernSPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag	BayernSPD-

Kostenlose Schulverpflegung und Ernährungsbildung für Schüler*innen

- 1 Eine ausgewogene Ernährung und das Wissen über die Zubereitung von Mahlzeiten sind essentiell für ein
- 2 gesundes Leben. Der Zugang dazu ist jedoch eine Klassenfrage, da hochwertige, gesunde Lebensmittel in der
- 3 Regel teuer sind und für die Zubereitung einer Mahlzeit Zeit benötigt wird, die arbeitenden Menschen häufig
- 4 nicht zur Verfügung steht.
- 5 Um diesem Missstand zumindest teilweise entgegen zu wirken, ist es besonders wichtig Kinder und Jugendliche
- 6 umfassend über Ernährungsfragen aufzuklären und während der Schulzeit ein entsprechendes Verpflegungs-
- 7 angebot zu schaffen. Deshalb fordern wir:
- 8 • An allen Schulen soll kostenlose Mittagsverpflegung mit warmen Mahlzeiten gewährleistet werden. Die
- 9 Lebensmittel sollen regional und saisonal sein.
- 10 • In regelmäßigen Abständen sollen Ernährungskunde- und Kochkurse an allen Schulen und in allen Jahr-
- 11 gangsstufen abgehalten werden, die einen praktischen Teil beinhalten müssen.

B-4

Titel Antrag auf Änderung der Förderrichtlinien des Programms Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)

Antragsteller*innen Jusos Schwaben

Adressat*innen

Antrag auf Änderung der Förderrichtlinien des Programms Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)

1 **Forderung:**

2 Wir fordern, dass die Richtlinie zur Förderung der Jugendsozialarbeit

3 an Schulen – JaS folgende Anpassungen erhält:

4 • Die tatsächlichen Kosten der Vollzeitstelle der Sozialpädagog*innen werden vollständig vom Freistaat
5 übernommen. Die Bezahlung erfolgt weiterhin analog der Tätigkeitsmerkmale des TVöD für staatlich
6 anerkannte Sozialpädagog*innen (Diplom/Bachelor).

7 • Perspektivisch sollen weder Schulart, Schulgröße noch der (zu geringe) Anteil der Schüler*innen mit Mi-
8 grationshintergrund Ausschlussgründe für die Bewilligung einer Förderung sein. Grundsätzlich sind alle
9 staatlich anerkannten Schulen unabhängig von der Trägerschaft förderfähig, d.h. auch private Schulen.
10 Bei der Schaffung und Besetzung der Stellen haben soziale Brennpunktschulen Priorität.

11 • Ab 200 Schüler*innen ist eine halbe Kraft verpflichtend und ab 400 Schüler*innen eine Vollzeitkraft.
12 Pro weitere 400 Schüler*innen ist eine weitere halbe Kraft verpflichtend. Besteht an Schulen Bedarf für
13 Jugendsozialarbeit, der über der mit der Schulgröße korrespondierenden Anzahl an JaS-Kräften liegt,
14 so wird bedarfsabhängig mindestens eine weitere halbe JaS-Stelle bewilligt. Diese weiteren JaS-Stellen
15 sind durch den besonderen pädagogischen Bedarf an Brennpunktschulen nötig.

16 • Bereits bestehende Stellen von Jugendsozialarbeiter*innen an Schulen – die bisher vollständig von den
17 Kommunen getragen werden – sind förderfähig.

18 **Begründung:**

19 Aufgrund einiger gesellschaftlicher Faktoren wurde JaS bedarfsgerecht ausgebaut. Zu diesen Faktoren zählen:
20 doppelte Berufstätigkeit, ein steigender Medienkonsum sowie die Verlagerung der Erziehungsaufgabe vom
21 Elternhaus in die Schule.

22 Jugendsozialarbeit ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Diese liegt in § 13 Abs. 1 SGB VIII begründet:

23 (1) Jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Be-
24 einträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe
25 sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in
26 die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern.

27 Jedoch kam es in den vergangenen Jahren kam es zu einer Ausweitung kommunaler Verantwortlichkeiten. Die-
28 se Zunahme stellt die Kommunen vor erhebliche organisatorische und finanzielle Herausforderungen. Durch
29 eine vollständige Kostenübernahme des JaS-Programms durch den Freistaat können Kommunen in Bayern
30 finanziell entlastet werden.

31 Zudem ist diese Kostenübernahme auch darin begründet, dass Jugendsozialarbeit an Schulen auch eine klare
32 staatliche Aufgabe ist. Denn die Schulen in Bayern liegen im Verantwortungsbereich des Bayerischen Staatsmi-

33 *nisteriums für Unterricht und Kultus*. Zudem ist in Art. 1 des *Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unter-*
34 *richtswesen* (BayEUG) festgeschrieben, dass die Schule einen „Bildungs- und Erziehungsauftrag“ besitzt. Somit
35 liegt Schulsozialarbeit sowohl im Verantwortungsbereich der Kommunen, als auch der *Bayerischen Staatsregie-*
36 *rung*. Daraus leitet sich auch eine finanzielle Verantwortung der kostenstärkeren Landesebene ab.

37 Bisher erfolgt lediglich eine Teilfinanzierung des *JaS*-Programms durch den *Freistaat Bayern*. Im Rahmen dieses
38 Programms beteiligt sich das *Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales* mit einem Festbetrag
39 von 16.360 Euro pro Vollzeitstelle einer*s Sozialpädagogin*en an ausgewählten Schulstandorten. Diese finan-
40 zielle Beteiligung erfolgt nur für Mittelschulen, Förderschulen und Berufsschulen mit „gravierenden sozialen
41 und erzieherischen Problemen“, d.h. nur unter Nachweis eines erhöhten Jugendhilfebedarfs sowie an Grund-
42 schulen mit einem Migrationsanteil von mind. 20%.

43 Der Festbetrag von 16.360 Euro pro Vollzeitäquivalent[1], mit dem sich der *Bayerische Freistaat* beteiligt, ist
44 seit Beginn des Programms im Jahr 2003 nicht gestiegen, obwohl seitdem die Personalkosten gestiegen sind.
45 Die Gesamtkosten für eine Vollzeitstelle einer*s staatlich anerkannten Sozialpädagogin*en auf rund 55.000
46 bis 60.000 Euro im Jahr. Damit trägt der Freistaat aktuell nur etwa ein Viertel der Personalkosten pro Stel-
47 le.[2]

48 Gefördert wird an der Schule eine halbe oder eine ganze Stelle eine*r Sozialpädagog*in. Laut der „Richtlinie
49 zur Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen – *JaS*“ können nur „[a]n besonders belasteten Schulen oder
50 an Volksschulen mit mehr als 400 Schülerinnen und Schülern [sic!] [...] ausnahmsweise auch bis zu zwei Stellen
51 der *JaS* besetzt werden“. Dabei sind bereits bestehende Angebote der Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit
52 von dieser Förderung bisher ausgeschlossen.

53 Die Förderung von Realschulen erfolgt im Rahmen des *JaS*-Programms nur in Einzelfällen. Im Jahr 2016 wa-
54 ren nur 14 von insgesamt 1.154 Einsatzorten des *JaS*-Programms (= rund 855 Vollzeitstellen) Realschulen.[3]
55 Eine Förderung von Gymnasien erfolgt im Rahmen des *JaS*-Programms bisher nicht und das obwohl 40% der
56 Schüler*innen in Bayern ein Gymnasium besuchen. Damit sind die betroffenen Schüler*innen von sozialpäd-
57 agogischer Betreuung mit Förderung der bayerischen Landesregierung ausgeschlossen.

58 Allerdings unterscheiden sich die sozialen und familiären Anforderungen für die Persönlichkeitsentwicklung
59 von Kindern und Jugendlichen nicht maßgeblich an den verschiedenen weiterführenden Schularten. Sowohl an
60 Mittelschulen, als auch an Realschulen und Gymnasien ist die Schüler*innenschaft heterogen. Je nach indivi-
61 dueller Problemlage benötigen die Jugendlichen Hilfeleistung bei Mobbing, Suchterkrankungen, Essstörungen,
62 Integration, Inklusion, familiären Problemen usw.

C Wohnen

C Wohnen

C-1	Jusos Oberbayern	Gemeinden im Vorkaufsfall von der Provision befreien	29
-----	------------------	--	----

C-1

Titel	Gemeinden im Vorkaufsfall von der Provision befreien
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress

Gemeinden im Vorkaufsfall von der Provision befreien

1 In die §§ 24 ff. BauGB ist eine Regelung aufzunehmen, wonach im Fall der erfolgreichen Ausübung eines Vor-
2 kaufsrechts durch Gemeinden und Städte Immobilienmakler keinen Anspruch auf Zahlung der im Rahmen
3 des Erstvertrags vereinbarten Maklerprovision mehr haben. Diese Regelung könnte beispielsweise als neuer
4 § 28 IIIa BauGB eingefügt werden.

5

6 Folge dieser Regelung wäre, dass die ungewisse Rechtslage geklärt und die Öffentlichkeit von umfangreichen
7 Kosten beim Erwerb von Immobilien befreit wird. Derzeit haben die Gemeinden in der Regel keinerlei Verbin-
8 dung und keinerlei Vorteile aufgrund der Tätigkeit der Makler*innen, die sie jedoch aufgrund der unsicheren
9 Rechtslage meist bezahlen, um der Öffentlichkeit möglicherweise unnötige Rechtsanwalts- und Gerichtskosten
10 zu sparen.

11

12 Mittelbare Wirkung: den Gemeinden den Kauf von Grundstücken erleichtern

13 Immobilienmakler*innen ist es zumutbar, die Gebiete zu kennen, in denen ein gemeindliches Vorkaufrecht
14 besteht. Dies ist beispielsweise in Erhaltungssatzungsgebieten der Fall, die von den Gemeinden in Gebieten
15 mit angespanntem Wohnungsmarkt erlassen werden können und öffentlich einsehbar sind. Mit dem Entfallen
16 der Provision bei Ausübung des Vorkaufsrechts soll der Anreiz geschaffen werden, dass sich Makler*innen
17 mit dem Verkaufsangebot direkt an die jeweilige Gemeinde wenden. Diese kann dann entscheiden, ob sie
18 ein Gebäude kaufen möchte oder nicht. Sofern dieser Kauf durch Makler*innen erfolgreich vermittelt wurde,
19 gelten die normalen Regelungen über die Zahlung einer Maklerprovision. Sofern die Gemeinde das Grundstück
20 nicht erwerben möchte, soll sie dies im dem Makler im Zusammenhang mit dem Preis mitteilen.

21

22 Unmittelbare Wirkung: die Gemeinden sparen die Kosten der Provision

23 Erst wenn ein Kaufvertrag nicht zustande kommt oder sich ein*e Makler*in nicht an die Gemeinde gewendet
24 hat wird die neue Regelung direkt relevant. Die Gemeinde kann ihr Vorkaufsrecht ausüben, vor allem wenn
25 beispielsweise der Kaufpreis im privaten Vertrag deutlich niedriger ist. Denn die Wohnungsnot und das Ziel
26 der Gemeinden, mehr Wohnraum zu erwerben, wird teilweise mit erhöhten Preisen und Forderungen miss-
27 braucht. Durch das Entfallen der Provision erhalten Makler*innen einen Anreiz, direkt mit fairen Angeboten
28 auf die Gemeinden zuzugehen. Daher soll die Pflicht zur Zahlung der Provision entfallen, wenn die Gemeinde
29 ihr Vorkaufsrecht ausübt. Dann können erhebliche Kosten für die Öffentlichkeit vermieden werden. Hier geht
30 es um einen Immobilienwert von häufig etwa 10 Millionen €, bei dem die Provision mit beispielsweise 3,57%
31 bereits 357.000 € beträgt.

32

33 Langfristig soll die Gebühr für den*die Makler*in von der Person getragen werden, die ihn*sie beauftragt hat.
34 Dies soll generell bei allen Immobilienverkäufen gelten.

D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

D-1	Jusos Oberfranken	Freiwillige vor – alle anderen nicht!	31
D-2	Jusos Oberbayern	Offenlegungspflicht der Methoden für Wahlumfragen und Prognosen	32

D-1

Titel Freiwillige vor – alle anderen nicht!

Antragsteller*innen Jusos Oberfranken

Adressat*innen

Freiwillige vor – alle anderen nicht!

- 1 Wir lehnen die Verpflichtung zu sozialer oder gemeinnütziger Arbeit, ebenso wie den Wehrdienst, strikt ab.
- 2 Menschen dürfen auf keinen Fall zu gering bezahlter Arbeit gezwungen werden, um soziale Berufe zu stabilisie-
- 3 ren. Dies ist kein Engagement mehr, sondern Ausbeutung. Wir schlagen stattdessen die Förderung freiwilligen
- 4 Engagements vor:
 - 5 • Ausweitung des Mindestlohns auf freiwillige soziale, kulturelle, ökologische oder internationale Jahre
 - 6 • Deutliche Verbesserung der Ausbildungsbedingungen in sozialen Berufen, z.B. durch eine Mindestver-
 - 7 gütung oder besseren Arbeitszeiten
 - 8 • Die Garantie, für dieses freiwillige Engagement eine Reduzierung der Ausbildungs- oder Studiendauer
 - 9 zu erhalten

D-2

Titel	Offenlegungspflicht der Methoden für Wahlumfragen und Prognosen
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress

Offenlegungspflicht der Methoden für Wahlumfragen und Prognosen

- 1 Einordnungspflicht von Wahlumfragen
- 2 Die Jusos setzen sich auf geeigneten Ebenen für eine Einordnungspflicht von Wahlumfragen und Prognosen
- 3
- 4 in der öffentlichen Berichterstattung ein. Dies umfasst jegliche Art der Veröffentlichung von Wahlumfragen
- 5
- 6 und Prognosen. Diese sollen als solche gekennzeichnet werden müssen, darüber hinaus soll es jeder/jedem
- 7
- 8 ermöglicht werden, die Entstehung der jeweiligen veröffentlichten Umfrage oder Prognose und die jeweiligen
- 9
- 10 Hintergründe auf einer oberflächlichen, leicht zugänglichen Ebene nachzuvollziehen.

E Europa

E Europa

E-3	Jusos Niederbayern	Aus den Fehlern der Finanzkrise lernen: Wie wir die Währungs- union krisenfest machen	34
-----	-----------------------	--	----

E-3

Titel Aus den Fehlern der Finanzkrise lernen: Wie wir die Währungsunion krisenfest machen

Antragsteller*innen Jusos Niederbayern

Adressat*innen

Aus den Fehlern der Finanzkrise lernen: Wie wir die Währungsunion krisenfest machen

1 Seit der Finanzkrise 2008 steht die Europäische Währungsunion (EWU) politisch infrage. Kritiker*innen der
 2 EWU teilen sich auf in jene, die eine Gemeinschaftswährung mit in ihrer Wirtschaftsstruktur unterschiedlichen
 3 Mitgliedsstaaten grundsätzlich ablehnen, weil sie den Verlust nationaler geldpolitischer Autonomie nicht für
 4 kompensierbar halten. Ferner gibt es jene, die die EWU grundsätzlich für richtig halten, jedoch Mängel bei der
 5 Ausgestaltung dahingehend sehen, dass die EWU zu fiskalischer Undiszipliniertheit führt. Ihrer Ideologie folgte
 6 auch die Austeritäts- und Sparpolitik sowie der Drang zu Strukturreformen (also zur Kürzung von Sozialleistungen
 7 und zum Abbau des Staatsapparats). Und schlussendlich gibt es noch jene, die grundlegende Probleme
 8 bei der Ausgestaltung der EWU sehen, welche ein Verändern des Maastricht-Vertrags einerseits sowie ein Intensivieren der europäischen Integration andererseits erfordern. Im Folgenden wird die Position der letzten
 9 Gruppe vertreten.

11 Zwar sind die Debatten über die Finanzkrise längst aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden. Dennoch erleben wir bis heute die Auswirkungen der Krise sowie einer gescheiterten Krisenpolitik. Zahlreiche Länder der
 12 EWU, allen voran Griechenland, haben sich elf Jahre nach Ausbruch der Krise nicht erholt. Die Nullzinspolitik
 13 der EZB, welche vornehmlich die Kreditsicherheit von Banken und Staaten einerseits gewährleisten und ein
 14 Abrutschen der EWU in die offene Deflation durch Sicherstellung von Devisen andererseits verhindern sollte und soll, wird weiterhin fortgeführt. Der Euro wurde relativ zum US-Dollar massiv abgewertet und hat bis
 15 heute keine entsprechende Aufwertung erlebt. Der Geschäftsbankensektor hat sich nicht erholt: Die Deutsche
 16 Bank rudert von einer Krise zur nächsten, und der deutsche Staat ist bis heute an der Commerzbank beteiligt.
 17 Schlussendlich hat die Finanzkrise zu massiven Gegensätzen zwischen den Mitgliedsstaaten geführt, welche
 18 sich vor allem in den massiven Leistungsbilanzüberschüssen Deutschlands auf der einen und den Leistungsbilanzdefiziten Südeuropas auf der anderen Seite niederschlägt.

22 Allen voran fehlt es der EWU an konsensfähigen Konzepten: Weder hat die EWU ein konsensfähiges Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die gerade in Spanien, Frankreich, Griechenland und Italien ein massives Problem darstellt. Noch hat die EWU ein konsensfähiges Konzept zum Abbau außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte, und vornehmlich Deutschland zeigt sich in keiner Weise gewillt, seine Leistungsbilanzsalden auszugleichen. Zudem fehlt ein konsensfähiges Konzept darüber, wie die EWU künftig krisenfest gemacht und Investmentbanken risikoärmer im Sinne des Gemeinwohls gestaltet werden können.

28 Dabei gliedert sich der Antrag wie folgt: Zunächst skizzieren wir kurz zentrale Konstruktionsfehler der EWU. Anschließend analysieren wir die Effekte der Finanzkrise und setzen diese in Relation zu den genannten Konstruktionsfehlern. Schlussendlich schlagen wir Maßnahmen vor, um Konstruktionsfehler zu beheben.

31 **Der Vertrag von Maastricht: Konstruktionsfehler infolge einer neoliberalen Ideologie**

32 Dem Vertrag von Maastricht, der 1991 das Grundgerüst für die EWU bildete, liegt ein neoliberaler Zeitgeist der
 33 90er Jahre zugrunde, der in vielerlei Hinsicht heute als überholt gilt. Grundsätzliche Fehlannahmen waren, dass
 34 (a) Monetarismus funktioniert, d.h. Preisbildung und damit Inflation alleine durch die Kontrolle der Geldmenge beeinflusst und kontrolliert werden kann, und dies am besten durch eine unabhängige Zentralbank geschehen soll, die Inflation im Durchschnitt über alle Mitgliedsstaaten konstant hält, (b) langfristig Wirtschaftswachstum

37 lediglich angebotsseitig getrieben wird, also Nachfrage eine untergeordnete Rolle in der Wirtschaftspolitik zu-
38 kommt, und (c) der Markt, wenn man ihn nur ließe, optimale Ergebnisse erzielen würde, was zu einer Entfes-
39 selung der Finanzmärkte führte.

40 Entsprechend gering ist der Umfang des Vertrags von Maastricht: Da staatliches Einschreiten in die Wirtschafts-
41 entwicklung grundsätzlich als störend empfunden wurde, forcierte der Vertrag von Maastricht lediglich die
42 Beschränkung staatlicher Aktionen.

43 Entsprechend mager fällt der Umfang der Maastricht-Kriterien aus, welche den Staat zur fiskalischen Disziplin
44 zwingen, indem sie eine Neuverschuldung auf 3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) begrenzen und die Gesamt-
45 verschuldung auf maximal 60% des BIP.

46 Dem Staat kam im Dogma der Maastricht-Verträge lediglich die Bereitstellung der Infrastruktur als Aufgabe zu.
47 Antizyklische Fiskalpolitik wurde als unnötig und schädlich angesehen. Insofern existiert auf EU-Ebene auch
48 kein Instrument zur fiskalischen Steuerung. Und entsprechend klein fällt der EU-Haushalt mit 1% des EU-BIP
49 aus.

50 Bei der Geldpolitik wurden national unterschiedliche Preisentwicklungen, zu welchen es gezwungenermaßen
51 im Rahmen der EU-Konvergenz kommen muss, außer Acht gelassen.

52 **Lehren aus der Eurokrise**

53 Die Finanzkrise, welche als Stresstest der EWU verstanden werden kann, legte einige Konstruktionsfehler offen.
54 Diese werden im Folgenden diskutiert. Zudem präsentieren wir konkrete Lösungsvorschläge.

55 1. Unterschiedliche Inflationsraten

56 Zwar wurde durch die EZB eine Zielinflation von circa 2% festgelegt und größtenteils im Durchschnitt über
57 den Euro-Raum auch eingehalten, jedoch entwickelten sich die Preise national höchst unterschiedlich, was
58 zu unterschiedlichen Inflationsraten in den Mitgliedsstaaten der EWU führte. In Griechenland, Italien, Irland,
59 Portugal, Zypern und Spanien beispielsweise stiegen die Preise überdurchschnittlich, da durch die zusätzliche
60 Sicherheit des Euro relativ zur vorherigen nationalen Währung Realzinsen sanken, sodass die Kreditaufnah-
61 me anstieg und durch die zusätzliche Nachfrage letztlich die Preise anstiegen. Entsprechend ergab sich eine
62 Inflation oberhalb des EZB-Inflationsziel. In Deutschland hingegen wurde über Jahre hinweg das Inflationsziel
63 unterschritten, was im Wesentlichen auf die Lohnmoderation der 2000er Jahre zurück zu führen ist.

64 Durch die Heterogenität der Inflationsraten, und damit auch der Realzinsen, in den EWU-Mitgliedsstaaten wur-
65 de eine gemeinsame Geldpolitik in ihrer Effektivität massiv gemindert. So wäre für Deutschland ein anderer
66 Nominalzins durch die EZB optimal gewesen als beispielsweise für Griechenland. Mechanismen, welche ein Ge-
67 gensteuern ermöglicht hätten, beispielsweise eine europäische Fiskalpolitik oder die Koordinierung der Lohn-
68 entwicklung, waren im Vertrag von Maastricht, der einzig den Staaten fiskalische Disziplin einschärfte, nicht
69 vorgesehen. Entsprechend handlungsunfähig war die EZB in ihrer Rolle der Inflationsbekämpfung, weshalb
70 sie im Nachgang der Finanzkrise dazu gezwungen war, zu unkonventionellen und vor allem teuren Methoden
71 zu greifen, nämlich dem Quantitative Easing.

72 Um Inflationsraten künftig wirksam zu harmonisieren, fordern wir

- 73 • Einheitliche Richtwerte zum Lohnwachstum, da Löhne die Inflation gemäß des Normalanstiegs treiben.
74 Die Löhne der EWU-Mitgliedsstaaten sollen in einem Korridor um Zielinflation plus Wirtschaftswachs-
75 tum wachsen. Liegt das Wirtschaftswachstum beispielsweise bei 1.5%, dann sollen Löhne im Durch-
76 schnitt um 3.5% wachsen.
- 77 • Eine Koordinierung der Leistungsbilanzsalden, sodass Ungleichgewichte abgebaut werden können. Es
78 kann nicht sein, dass Deutschland ständig Überschüsse macht, während andere Länder jährlich ein
79 Leistungsbilanzdefizit verbuchen. Möglich wäre eine Angleichung durch Eingriff in die Primär- und Se-
80 kundärverteilung, also durch höhere Löhne in Überschussländern und Umverteilung über das Steuer-
81 system.
- 82 • Eine einheitliche Strategie, antizyklische Ausgaben- und Einnahmenpolitik zu betreiben und damit Out-
83 putlücken (Unterauslastung, Überauslastung) zu schließen.

84 Austeritätspolitik

Die langfristige Antwort der EWU-Mitgliedsstaaten auf die Finanzkrise lautete eine Verschärfung des neoliberalen Dogmas durch Austeritätspolitik, insbesondere also durch kontraktive Fiskalpolitik, Lohnsenkung durch Flexibilisierung und Kürzung von Sozialleistungen. Dies hatte einen Rückgang des Binnenkonsums und damit eine Senkung des Wirtschaftswachstums zur Folge, was zu einem Downgrade des Ratings der südeuropäischen Staaten führte und damit die Zinslast auf neuausgegebene Staatsanleihen massiv erhöhte. Am Ende hatte die Austeritätspolitik keinerlei belebenden Effekte auf die Wirtschaft hinterlassen, jedoch den Sozialstaat massiv reduziert und den Arbeitnehmer*innenanteil am Volkseinkommen verkleinert.

- Um die Abkehr von der Austeritätspolitik zu schaffen, muss der Vertrag von Maastricht verändert werden. Insbesondere muss es Staaten möglich sein, sich über 3% des BIP zu verschulden und ein höherer Schuldenstand muss eingeräumt werden.
- Der Fiskalpakt, welcher fast keine Neuverschuldung erlaubt und Schuldenbremsen für jedes Mitgliedsland vorsieht, muss abgeschafft werden. Eine Fiskalunion, die sich darauf beschränkt, sich selbst in ihrer Handlungsfähigkeit zu beschneiden, kapituliert in ihrem Unverständnis vor dem Dogma des Neoliberalismus.

Fehlen fiskalpolitischer Kompetenzen

Im Vertrag von Maastricht war keine koordinierte Fiskalpolitik auf europäischer Ebene vorgesehen. Entsprechend wurde die Finanzkrise nicht durch ein schnelles, antizyklisches Einschreiten der Staaten auf internationaler Ebene gelöst, sondern langwierig auf dem Rücken der Beschäftigten durch Lohnsenkung und soziale Kürzung auskuriert. Dabei hatten auf nationaler Ebene fiskalpolitische Instrumente, beispielsweise die KFZ-Abwrackprämie in Deutschland, Erfolg und konnten dazu beitragen, die Beschäftigung während der Krise stabil zu halten.

Wir sind der Auffassung, dass eine gemeinsame Geldpolitik mit einer gemeinsamen Fiskalpolitik flankiert werden muss, um wirksam für Stabilität sorgen zu können. Daher fordern wir

- die Schaffung eines Finanzministeriums auf europäischer Ebene, ausgestattet mit fiskalischen Kompetenzen wie der Fähigkeit, Steuern einzutreiben (beispielsweise eine Finanztransaktionssteuer), einem eigenen Haushalt und der Möglichkeit, Staatsausgaben zu tätigen, beispielsweise für Forschung, Infrastruktur, Verteidigung, oder auch Flüchtlingspolitik. Auch sind Aufgaben wie die Finanzierung einer EU-Arbeitslosenversicherung denkbar. Durch die Fähigkeit, Schulden zu machen, kann antizyklische Fiskalpolitik betrieben werden. Auch kann ein Finanzministerium umverteilend zwischen den Mitgliedsstaaten tätig werden, um lokale Abschwünge aufzufangen.
- Die Schaffung eines europäischen Schatzamts zur Emittierung von Eurobonds.

Entfesselung der Finanzmärkte

Dem Generieren neuer Finanzprodukte durch Großbanken begegnete die Regierungskoalition mit Unwissenheit und Gleichgültigkeit. Anstelle auf systemische Risiken durch Bündelung von Schuldverschreibungen hinzuweisen oder jene Kreditbündel auf ihre Sicherheit zu prüfen wurde Ratingagenturen, die selbst eng mit den Banken verwoben waren, vertraut. Die Finanzindustrie wurde nicht gezügelt, sondern in ihrer Zügellosigkeit unterstützt. Für den Fall eines Zusammenbruchs einer Großbank wurde nicht vorgesorgt. Stattdessen wurde die implizite Garantie gegeben, Banken beim Zusammenbruch aus Steuermitteln zu retten. Durch Wegfallen von Wechselkursen und die Etablierung der Grundfreiheiten haben sich grenzüberschreitende Finanzströme massiv intensiviert. Dadurch werden Banken Krisen zu einem internationalen Problem.

Da Banken Krisen nicht verhindert werden können, müssen sie begrenzt werden und ihre Folgen schnell beseitigt. Daher fordern wir

- Die Durchsetzung eines Trennbankensystems
- Die Regulierung von Schattenbanken
- Die Übernahme der Bankenaufsicht durch das europäische Finanzministerium anstelle der EZB
- Die Etablierung einer Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0.1% zur Unterbindung von Hochfrequenzhandel
- Die Vergemeinschaftung der Haftung auf europäischer Ebene bei der Einlagensicherung

Fehlende Absicherung von Staatsschulden durch EZB

Im Gegensatz zur FED der USA ist es EZB verboten, Staatsanleihen von Mitgliedsstaaten bedingungslos auf dem Sekundärmarkt aufzukaufen, wenn Zinsaufschläge eine gewisse Schwelle überschreiten. Entsprechend sind europäische Staatsanleihen nicht sicher dahingehend, dass eine implizite Garantie durch eine Zentralbank auf die Sicherheit der Anleihen gegeben wird, wie dies in den USA der Fall ist. Dies führte im Rahmen der Finanzkrise einerseits zu einer Weiterentwicklung zur Staatsschuldenkrise für Südeuropa, da zahlreiche Staaten durch Downgrades beim Rating horrende Zinsaufschläge auf ihre Staatsanleihen hinnehmen mussten und sich teilweise nicht mehr am Markt refinanzieren konnten. Andererseits halten Geschäftsbanken Anleihen des Heimatlands, da diese als Sicherheiten bei der Zentralbank hinterlegt werden können, sodass der Ausfall einer Staatsanleihe mit dem Zahlungsausfall einer Bank und damit deren Zusammenbruch unmittelbar einhergehen kann.

- Um künftig Staatsanleihen durch die Zentralbank absichern zu können, fordern wir die Erweiterung der EZB zu einem Lender of Last Resort. Dabei soll die EZB Staatsanleihen der Mitgliedsländer des EWU bedingungslos auf dem Sekundärmarkt aufkaufen können, wenn deren Zinsaufschläge eine gewisse Schwelle überschreiten.

F Feminismus und Gleichstellung

F Feminismus und Gleichstellung

F-1	Jusos Mittelfranken	Für Gleichberechtigung bei der Benennung von Hochschulen	39
F-3	Jusos Niederbayern	Einführung des Internationalen Frauentags als Feiertag in Bayern	40
F-4	Jusos Niederbayern	Antifaschistisch, solidarisch, (queer*-)feministisch! Unser Anspruch einer gerechten Geflüchtetenpolitik	41

F-1

Titel Für Gleichberechtigung bei der Benennung von Hochschulen

Antragsteller*innen Jusos Mittelfranken

Adressat*innen

Für Gleichberechtigung bei der Benennung von Hochschulen

1 Wir fordern, dass ab sofort jede neu gegründete staatliche Hochschule eine weibliche Namensgeberin erhalten
2 soll, bis es genauso viele Hochschulen mit weiblichen, als auch männlichen Namen gibt. Des Weiteren soll die
3 Technische Universität Nürnberg, deren Start für 2025 angelegt ist, mit gutem Beispiel vorangehen und einen
4 weiblichen Namen erhalten. Als Namensgeberin schlagen wir Emmy Noether vor.

5 Darüber hinaus fordern wir auch die Umbenennung bestehender Hochschulen. Insbesondere unter den Uni-
6 versitäten sind diese durchzuführen. Bspw. ist hier die Umbenennung der Ludwig-Maximilians-Universität in
7 Sophie-Scholl-Universität zu nennen.

8 Begründung:

9 Es ist unser Ziel als queerfeministischer Verband eine Gleichstellung in allen Bereichen zu erreichen, dazu
10 gehört auch, dass die Verdienste von Frauen gewürdigt werden. Ein guter Anfang ist hierbei, dass auch mehr
11 Hochschulen eine weibliche Namensträgerin erhalten sollen.

12 In Deutschland gibt es insgesamt 428 Hochschulen, davon 247 in staatlicher Hand.¹ Trotz dessen, dass der
13 weibliche Anteil der Studierenden bei knapp unter 50 % und der der Absolvent*innen bei über 50 % liegt,² trägt
14 nur eine der Hochschulen einen weiblichen Namen, während 26 den Namen eines Mannes tragen.³

15 Dies hinterlässt den Eindruck, dass es in der deutschen Geschichte keine nennenswerten Frauen in Wissen-
16 schaft, Literatur, Musik oder Politik oder an Universitäten gab, bzw. dass die Errungenschaften von Frauen in
17 der höheren Bildungsschicht nicht mit dem gleichen Maß gewürdigt werden. Es gibt mittlerweile viele Schulen,
18 die weibliche Namen haben, aber wieso dann keine Universität? Wieso sind es 26 Männer und nur eine Frau?
19 In jedem wissenschaftlichen Bereich gab und gibt es bedeutende Frauen, beispielsweise Dorothea Erxleben,
20 die erste promovierte Ärztin Deutschlands oder Clara Schumann, eine deutsche Pianistin und Komponistin.
21 Die Hochschule in Düsseldorf ist nach Clara Schumanns Ehemann benannt, aber ihr selbst ist keine gewidmet.
22 Im Bereich der Politik könnte man Elisabeth Selbert vorschlagen, eine der „Mütter des Grundgesetzes“. An
23 qualifizierten Frauen mangelt es also nicht.

24 Als lokaler Anstoß für mehr weibliche Namen für Hochschulen kann eine Umbenennung der technischen
25 Universität Nürnberg dienen, denn nicht nur Männer sollen auf Universitäten stehen, sondern auch Frau-
26 en!

F-3

Titel Einführung des Internationalen Frauentags als Feiertag in Bayern

Antragsteller*innen Jusos Niederbayern

Adressat*innen

Einführung des Internationalen Frauentags als Feiertag in Bayern

- 1 Am 28. Februar 1909, also vor 110 Jahren, fand in den USA der weltweit erste Frauentag statt. 1910 forderte
- 2 Clara Zetkin die Einführung eines Internationalen Frauentags, der dann am 19. März 1911 erstmals gefeiert
- 3 wurde.
- 4 Als erstes deutsches Bundesland hat Berlin in diesem Jahr den Internationalen Frauentag zum Feiertag erklärt.
- 5 Diesem Beispiel sollten wir uns als Jusos Bayern und als BayernSPD ebenfalls anschließen und diesen wichtigen
- 6 Kampftag des Feminismus auch in Bayern als Feiertag einführen.
- 7 Bereits am 7. Dezember 1918 wurde von Kurt Eisner das Frauenwahlrecht in Bayern eingeführt.
- 8 Nach der Wahl 1918 zogen die Sozialdemokratinnen Aurelie Deffner und Emilie Mauerer als eine der ersten
- 9 weiblichen Abgeordneten in den Bayerischen Landtag ein.
- 10 Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 wurden die Rechte der Frauen wieder ein-
- 11 geschränkt, indem man sie z. B. aus höheren Positionen verdrängte. Die Rolle als Hausfrau und Mutter hatte
- 12 Priorität.
- 13 Als nach der Ausschaltung der Parteien, die NSDAP in einer Einheitsliste antrat, waren Frauen nicht mehr
- 14 Mitglieder des Reichstages.
- 15 Nach einigen Fortschritten seit den 70er Jahren geht die Anzahl der Frauen in den deutschen Parlamenten
- 16 durch das Erstarken konservativer und nationalistischer Parteien wieder zurück.
- 17 Nach der Wahl im vergangenen Oktober ist der Frauenanteil im Bayerischen Landtag nur noch bei mageren
- 18 26,8 Prozent.
- 19 In Bayern präsentieren sich die „Freien Wähler“ als neue Regierungspartei mit einem Männeranteil von 100
- 20 Prozent unter den Minister*innen und Horst Seehofer verzichtet in seinem neuen Bundesheimatministerium
- 21 sogar bei einer Rekordzahl von 8 Staatssekretären komplett auf Frauen.
- 22 Neben diesen Punkten gibt es natürlich noch genügend andere Gründe, die für das Eintreten für Frauenrechte
- 23 sprechen und wir Jusos verstehen uns auch seit jeher als linker, feministischer Richtungsverband.
- 24 Wir können, dürfen und wollen es nicht zulassen, dass 100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts
- 25 in Bayern die Partizipation von Frauen in der Politik wieder zurückgedrängt wird.
- 26 Daher fordern wir die Einführung des Internationalen Frauentags als offiziellen Feiertag auch in Bayern!

F-4

Titel	Antifaschistisch, solidarisch, (queer*-)feministisch! Unser Anspruch einer gerechten Geflüchtetenpolitik
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Antifaschistisch, solidarisch, (queer*-)feministisch! Unser Anspruch einer gerechten Geflüchtetenpolitik

- 1 In der aktuellen Debatte gibt es immer mehr Stimmen, welche in der Aufnahme von Geflüchteten eine Gefahr
- 2 für die Gleichberechtigung der Geschlechter sehen. Sie zeichnen ein absolutes Zerrbild gerade von muslimischen Männern, die Frauen* angeblich einzig mit Verachtung und Gewalt begegnen und Emanzipation in
- 3 Deutschland beseitigen wollen. Solchen rassistischen und islamophoben Anschauungen müssen wir als Sozialist*innen entschieden entgegentreten.
- 4
- 5
- 6 Besonders interessant ist es dann auch noch, dass gerade diese um die Frauen*rechte „Besorgten“ in sehr
- 7 vielen Fällen bis heute nicht gerade politisch für die Emanzipation der Frau* eingetreten sind: Es wird gehetzt
- 8 gegen den sogenannten Genderwahn und den „ganzen Feminismus“. Plötzlich aber scheinen auf einmal diese
- 9 Menschen gerade auch um die Rechte von LGBTIQ*-Menschen besorgt, obwohl sie bei anderen möglichen
- 10 Gelegenheiten gegen eben diese Rechte mobilisieren, die Gleichwertigkeit von nicht binär-heteronormativen
- 11 Identitäten vollkommen ablehnen und in jedem fortschrittlichen Punkt in der Aufklärung über mehrere Identitäten eine Verschwörung der „Homolobby“ sehen. Parolen wie die der AfD vom Schutz „unserer Frauen und
- 12 Töchter“ zeigen, dass es letztendlich in klassischer rassistischer Logik um die Verteidigung des Herrschaftsanspruchs deutscher Männer über „ihre“ Frauen gegen das Übel der „Fremden“ geht. Eine solche mehr als
- 13 absurde Vereinnahmung queer*feministischer Grundhaltungen gilt es in allen möglichen Lagen offenzulegen. Allerdings müssen wir auch eines eingestehen: Nicht alle Akteur*innen, denen die Gleichberechtigung
- 14 aller Geschlechter durchaus ein ernstes Anliegen ist, sind nicht immun gegen rassistische und islamophobe
- 15 Ressentiments: Unsere Antwort muss deshalb einerseits Solidarität mit den Geflüchteten und das Grundrecht
- 16 auf Asyl sein und auf der anderen Seite die Stärkung von (queer*-)feministischen Perspektiven!
- 17
- 18
- 19
- 20 Wir dürfen problematische, rückschrittliche Haltungen auf keinen Fall ignorieren. Pauschalisierungen sind dabei abzulehnen. Es ist daneben noch genauso falsch von „dem Islam“ oder von Geflüchteten als einer homogenen Gruppe zu sprechen. Unter den Geflüchteten mögen auch Menschen sein, die an mehr als antiquierten
- 21 Rollen festhalten und Frauen* nicht als gleichberechtigt ansehen. Diesen Ansichten werden und müssen wir
- 22 auch – wo immer es geht – im demokratischen Diskurs begegnen, um auf einen Konsens über die Werte der individuellen Freiheit und Gleichheit aller hinzuwirken. Dies ist eine Aufgabe der Integration von Beginn an.
- 23 Sprach- und Integrationskurse sind die besten Möglichkeiten zur Vermittlung unserer Frauen*rechte und der Akzeptanz gegenüber LGBTIQ*-Menschen. Eine solche Auseinandersetzung ist keine überhebliche Aufoktroyierung von Werten, sondern Teil des Dialogs.
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29 Ein weiteres Problem in dieser Thematik ist dann noch folgendes: Es wird in so manchen Debatten auch oft so
- 30 getan, als ob Frauen*feindlichkeit und/oder die Ablehnung von LGBTIQ* ein Problem sei, welches nur andersorts existiere und jetzt wieder von Geflüchteten nach Europa zurückgebracht werde. Das ist auf der einen Seite
- 31 eine vollkommene Ignoranz gegenüber den existierenden feministischen Bewegungen in muslimisch geprägten Ländern und auf der anderen Seite gegenüber den gegenwärtigen, hier existierenden Problemen, denen
- 32 Frauen* und LGBTIQ* sich täglich konfrontiert sehen. (Hetero-)Sexismus und strukturelle Benachteiligung sind
- 33 auch heute noch in ganz Europa und der Bundesrepublik hässlicher Alltag. Wir müssen weiterhin für unsere
- 34
- 35

36 emanzipatorischen Forderungen kämpfen und jegliche Ungleichheiten beim Namen nennen. Die trennenden
37 Linien der feministischen Auseinandersetzung lassen sich nicht zwischen Herkunftsländern, Kulturzugehö-
38 rigkeit oder Religionen ziehen. Sie bestehen zwischen all denjenigen Menschen, welche sich für Freiheit und
39 Gleichheit aller Geschlechter und Identitäten einsetzen und jenen, welche dies aus reaktionärem Vorurteil und
40 Furcht um Privilegien ablehnen sowie den darauf aufbauenden Institutionen. Daher muss der Feminismus mit
41 einem klaren Internationalismus verbunden werden.

42 Wir setzen uns deshalb konkret dafür ein, die Rechte geflüchteter Frauen* und LGBTIQ* zu stärken. Deshalb
43 fordern wir:

- 44 • Sensibilisierung von Betreuenden und Ansprechpartner*innen für genderspezifische und LGBTIQ*-
45 Probleme durch Fortbildungen u.ä.
- 46 • Aufklärung geflüchteter Frauen* über ihre Rechte durch Beratung in den Unterkünften
- 47 • Anerkennung jeglicher geschlechtsspezifischer Fluchtgründe und Verfolgung aufgrund der sexuellen
48 Orientierung
- 49 • Förderung des Einsatzes von weiblichen Dolmetscherinnen* bei Bedarf im Asylverfahren
- 50 • Abschließbare Räume und Sanitäranlagen für alleinstehende Frauen* und Mädchen* Getrennte Unter-
51 künfte und Sanitäranlagen für alleinstehende Frauen* und Mädchen*
- 52 • eine*n Integrationsbeauftragte*n

53 Es gilt, der rechten Hetze entschlossen entgegenzutreten und queer*feministische Forderungen nach allen
54 Seiten voranzutreiben, insbesondere diese Perspektive in der Asylpolitik zu stärken, anstatt die Ziele des Fe-
55 minismus gegen Geflüchtete auszuspielen

G Gesundheit

G Gesundheit

G-1	Jusos Oberbayern	Apothekenpflicht für Homöopathika so schnell wie möglich abschaffen!	44
-----	------------------	--	----

G-1

Titel Apothekenpflicht für Homöopathika so schnell wie möglich abschaffen!

Antragsteller*innen Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Apothekenpflicht für Homöopathika so schnell wie möglich abschaffen!

- 1 Apothekenpflicht für Homöopathika so schnell wie möglich abschaffen!
- 2 Homöopathische Mittel haben keine erwiesene Wirksamkeit über einen (auch anderweitig und günstiger er-
- 3 reichbaren) Placeboeffekt hinaus. Homöopathische Medikamente basieren allesamt auf der Grundlage der
- 4 Potenzierung, oder in einfachen Worten ausgedrückt, simpler Verdünnung. Eine klassische Potenzierung ist
- 5 hierbei zum Beispiel D24. Dabei wird ein Ausgangsstoff 24-mal im Verhältnis von 1:10 mit Wasser verdünnt.
- 6 Am Ende entsteht somit eine Verdünnung von 1:1024. Diese Verdünnung entspricht in etwa einem Tropfen
- 7 im Volumen des gesamten Atlantiks. Aufgrund der Natur dieses Verfahrens ist eine Überdosierung bei der
- 8 Einnahme ausgeschlossen. Die korrekte Herstellung und toxikologisch ausreichende Verdünnung überprüft
- 9 dabei das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte unter anderem nach §§21 und 38 AMG.
- 10 Somit ist eine Apothekenpflicht als Schutz vor Überdosierung nicht sinnvoll.
- 11 Ein weiterer Aspekt der Apothekenpflicht ist jedoch die Aufklärung durch das Apothekenpersonal. Hier könn-
- 12 ten Patienten*innen darauf hingewiesen werden, dass sie lebenswichtige Therapien durch die Einnahme
- 13 von
- 14 Homöopathika versäumen und diese allenfalls als Ergänzung zu nutzen sind. Jedoch ist es schon heute mög-
- 15 lich, rezeptfreie Medikamente ohne jegliche Beratung über das Internet zu bestellen (Volumen von 53 Mio.Euro
- 16 in 2017).
- 17 Durch den Wegfall der Apothekenpflicht erhoffen wir uns durch den Verkauf neben zweifelhaften Vitamin-
- 18 und anderen Nahrungsergänzungsmitteln, der Homöopathie das Image zu verschaffen, das sie verdient
- 19 hat.
- 20 Außerdem ist damit ein deutlicher Preisverfall denkbar. Dies würde sowohl die exorbitanten Profitmargen
- 21 von
- 22 zweifelhaften Pharmaunternehmen drücken, als auch den Geldbeutel von womöglich nicht so gut gestell-
- 23 ten
- 24 Personen unserer Gesellschaft schonen.
- 25 Langfristig sollte jedoch bei der Homöopathie und anderen zweifelhaften Therapieformen darüber nachge-
- 26 dacht werden, diese ebenso den rigorosen wissenschaftlichen Zulassungsverfahren wie bei Medikamenten
- 27 der konventionellen Schulmedizin zu stellen.

I Internationales und Frieden

I Internationales und Frieden

I-1	Jusos Mittelfranken	Solidarität mit den unterdrückten Uigur*innen in der autonomen Region Xinjiang der Volksrepublik China	46
-----	------------------------	--	----

I-1

Titel Solidarität mit den unterdrückten Uigur*innen in der autonomen Region Xinjiang der Volksrepublik China

Antragsteller*innen Jusos Mittelfranken

Adressat*innen

Solidarität mit den unterdrückten Uigur*innen in der autonomen Region Xinjiang der Volksrepublik China

- 1 Uigur*innen sind ein muslimisches Turkvolk im Westen der Volksrepublik China. Sie
- 2 machen in der autonomen Provinz Xinjiang knapp die Hälfte der dort lebenden
- 3 Bevölkerung aus. Der Rest sind Han-Chines*innen, die in China die größte
- 4 Bevölkerungsgruppe darstellen. Wie andere Minderheiten, sind auch die Uigur*innen
- 5 einem massiven Druck der Zentralregierung in Beijing ausgesetzt. Die Region
- 6 Xinjiang ist das Versuchslaboratorium der Regierung, um Überwachungstechnik für
- 7 ganz China zu erproben. Dies führt, unter anderem, zu massiven Eingriffen in die
- 8 Freiheitsrechte der dort lebenden Menschen.
- 9 Die Unterdrückung und „Chinesierung“ der Uigur*innen gab es bereits Anfang des
- 10 20. Jahrhunderts – Unabhängigkeitsbewegungen wurden rabiāt bekämpft. Im Zuge
- 11 des von US-Präsident George W. Bush ausgerufenen „War on Terror“ wurde eine
- 12 nationalistisch-fundamentalistische uigurische Splitterorganisation zur internationalen
- 13 Terrororganisation erklärt. Dies war für die chinesische Regierung allerdings nicht
- 14 nur eine Rechtfertigung, um gegen die durchaus vorhandenen islamistischen Kräfte
- 15 in Xinjiang vorzugehen, sondern gegen die komplette Volksgruppe der Uigur*innen
- 16 und ihre Kultur. Still und heimlich wurden sogenannte „Umerziehungslager“
- 17 eingerichtet, in denen Menschen gefoltert werden – internationale Presse spricht gar
- 18 von „Konzentrationslagern“. Ziel hiervon ist offiziell das Austreiben terroristischen
- 19 Gedankenguts, inoffiziell werden die Menschen hier jedoch einer Gehirnwäsche der
- 20 chinesischen Zentralregierung unterzogen. Die internationale Gemeinschaft schaut
- 21 größtenteils weg. Die Regierung geht allerdings weiter: vermehrt schließt sie
- 22 Abkommen mit anderen Staaten, die eine Auslieferung Uigurischer Flüchtlinge
- 23 beinhalten. Am meisten von Repressionen betroffen sind Journalist*innen,
- 24 Aktivist*innen und Intellektuelle, aber auch Menschen, die sich mit der Geschichte
- 25 und sozialen Situation der Uigur*innen und anderer muslimischer Minderheiten
- 26 beschäftigen.

27 Die Provinz ist wichtig für das Projekt der „neuen Seidenstraße“, weshalb die
28 Regierung Unruhen und Aufstände wie 2009 um jeden Preis verhindern will.
29 Schätzungsweise über eine Millionen Uigur*innen sind mittlerweile auf unbestimmte
30 Zeit inhaftiert, der Rest der Menschen wird aktiv davon abgehalten ihre Kultur und
31 Religion auszuleben. Das Ziel dieser Maßnahmen kann nur die Auslöschung der
32 uigurischen Kultur und eine Gleichschaltung der Menschen sein. Man spricht von
33 Genozid, bei systematischen Verbrechen mit dem Ziel „eine nationale, ethnische
34 oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten.“ Genau das droht hier. Die
35 Aufgabe der Weltgemeinschaft und gerade Deutschlands mit seiner Geschichte, ist
36 es, die Uigur*innen zu schützen.

37 Deswegen fordern wir:

38 – die SPD-Bundestagsfraktion und unsere Mitglieder der Bundesregierung auf,
39 die chinesische Regierung noch stärker mit den gravierenden
40 Menschenrechtsverbrechen zu konfrontieren und die internationale
41 Gemeinschaft dazu aufzurufen entsprechende Maßnahmen zum Schutz der
42 Uigur*innen zu ergreifen.

43 – die SPD-Bundestagsfraktion und unsere Mitglieder der Bundesregierung auf,
44 das besondere Schutzbedürfnis von Uigur*innen anzuerkennen und
45 Fluchtkontingente zu schaffen, damit diese Menschen in Sicherheit fliehen
46 können.

47 – die SPD-Bundestagsfraktion und unsere Mitglieder der Bundesregierung auf,
48 auf Staaten, die bereits geflohene Uigur*innen beherbergen, einzuwirken,
49 dass diese keine Auslieferungsabkommen mit China abschließen.

S Sozialpolitik

S Sozialpolitik

S-2	Jusos Oberbayern	Kinderarmut abschaffen, Kinder- und Jugendgrundsicherung auf den Weg bringen!	49
-----	------------------	---	----

S-2

Titel Kinderarmut abschaffen, Kinder- und Jugendgrundsicherung auf den Weg bringen!

Antragsteller*innen Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Kinderarmut abschaffen, Kinder- und Jugendgrundsicherung auf den Weg bringen!

1 Je nach Berechnungsgröße werden bis zu 4,5 Millionen Kinder in Deutschland genannt, die von Armut betroffen sind. Die vielfältigen unterschiedlichen sozialstaatlichen Interventionen scheinen weder sonderlich effizient noch sonderlich wirksam zu sein und sind auf viele Sonder-Problemlagen gerichtet. Wir wollen, dass unser Sozialstaat bei dem Status Kind/Jugendliche*r ansetzt und fordern daher die Einführung eines allgemeinen individualisierten Rechtsanspruches auf eine Grundsicherung für Kinder und Jugendliche, die den Flickenteppich an unterschiedlichsten sozialrechtlichen Ansprüchen ersetzt und nicht an das jeweilige Einkommen von Elternteilen, das Zahlen von Unterhalt oder Ähnlichem ansetzt. Ziel dieser Grundsicherung muss es sein, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von der Einkommens- oder Vermögenssituation der Elternteile (und damit ggf. hinzukommenden Unterhaltszahlungen) ein menschenwürdiges und damit armutssicheres Aufwachsen zu ermöglichen.

11

12 Dabei schlagen wir folgendes Vorgehen vor:

13

14 1) Abschaffung aller momentanen kindbezogenen sozialpolitischen oder einkommenssteuerbezogenen Leistungen/Vorteile (bspw. UVG, KiG, Kindergeldzuschlag, BAföG, Berufsausbildungsbeihilfe, Ehegattensplitting, Kinderfreibeträge, (Halb-)Waisenrente) Das BAföG bauen wir zu einem Förderinstrument für lebenslanges Lernen (z.B. Zweitstudium) um. Bis zum erfolgreichen Umbau des BAföG ist sicherzustellen, dass Beziehende oben genannter Leistung nicht schlechter gestellt werden als vor der Einführung der Grundsicherung.

19

20 2) Ersatzweise wird ein Rechtsanspruch für jedes in Deutschland lebende Kind bei der Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit geschaffen, der monatlich als vollumfängliche Leistung des Bundes ausbezahlt werden soll.

23

24 3) Dieser Anspruch wird grundsätzlich bis zur Volljährigkeit in den Altersstufen 0-6, 7-12, 13-17 in der Höhe des Warenkorb zur Ermittlung des soziokulturellen Existenzminimums auf Antrag gewährt.

26

27 4) Für volljährige Jugendliche (bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres) wird eine vierte Altersstufe geschaffen, die unabhängig vom Haushaltskontext des*der Jugendlichen bis zum Abschluss des ersten berufsqualifizierenden Abschluss und bis das Eigeneinkommen nachweisbar steuerrechtlich über dem Steuerfreibetrag (in 2018: 9000,00€) liegt einen eigenen Anspruch auf bedarfsdeckendes soziokulturelles Existenzminimum (inkl. Grundanteile für tatsächliche angemessene Wohnkosten) einräumt.

32

- 33 5) Für Kinder/Jugendliche, die bei alleinerziehenden Elternteilen aufwachsen, muss ein pauschaler Zuschlag
34 entwickelt werden; gleiches gilt für Kinder/Jugendliche, die mindestens zwei Geschwisterkinder haben.

U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

U-2	Jusos Oberbayern	Einführung einer europäischen CO2-Steuer	52
-----	------------------	--	----

U-2

Titel	Einführung einer europäischen CO2-Steuer		
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, BayernSPD-Landesparteitag	SPD-Bundesparteitag,	

Einführung einer europäischen CO2-Steuer

1 Adressat*innen: SPD-Landesparteitag. SPD-Bundesparteitag. Juso-Landeskonferenz, Juso-
2 Bundeskongress

3 Um das Pariser Klimaabkommen und das 1,5-Grad-Ziel zu einzuhalten, muss der Ausstoß von CO2 und ver-
4 wandten Treibhausgasen drastisch reduziert werden. Klar ist: Das wird nicht allein mit Aufklärung und freiwil-
5 ligem Umdenken möglich sein. Gerade die Industrie zieht nach wie vor kapitalistische Interessen einer Klima-
6 Wende vor. Wir brauchen also einen Weg, um die Emissionen aller CO2-Produzent*innen schnell und wirksam
7 zu reduzieren, ohne für jede Branche und jede Art des CO2-Ausstoßes einzelne Regeln verhandeln zu müs-
8 sen.

9 Der CO2-Handel hat massive Schwächen, deshalb wollen wir ihn abschaffen und durch eine CO2-Steuer erset-
10 zen. Jahrelang lag der Preis für die CO2-Zertifikate in der EU bei lediglich etwa sechs Euro pro Tonne. Weil die
11 EU nunmehr Zertifikate pro Jahr vom Markt nimmt, hat sich der Preis inzwischen erhöht und liegt bei über 20
12 Euro, mit steigender Tendenz. Eine Studie der Weltbank zeigt allerdings, dass ab 2020 ein Preis von mindestens
13 40 Euro pro Tonne CO2 nötig ist, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Außerdem können wir in der so wich-
14 tigen Klimafrage niemals auf Märkte vertrauen. Wir fordern deshalb die Einführung einer CO2-Steuer, in der
15 Europäischen Union in Höhe von 40 Euro pro Tonne CO2. Durch diese setzen wir eine effektive Untergrenze
16 für den CO2-Preis in der EU. Durch die Steuer ist ein Mindestpreis von 40 Euro pro Tonne garantiert.

17 Die hierdurch erzeugten Mehreinnahmen werden in grüne Forschung, Technologie und Infrastruktur inves-
18 tiert. Dabei werden solche Länder der EU besonders gefördert, deren heutige Volkswirtschaft in hohem Maße
19 auf CO2-Ausstoß beruht und wo gleichzeitig das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen vergleichsweise nied-
20 rig ist. Auf keinen Fall wollen wir die Ungleichheit in Europa weiter erhöhen. Gleichzeitig sehen wir im schnel-
21 len Umstieg auf erneuerbare Energien langfristig wirtschaftliche Chancen. Für heute wirtschaftlich schwäche-
22 re Länder in der EU kann der schnelle Umstieg auf CO2-neutrales Wirtschaften in der Zukunft ein großer
23 Vorteil sein. Daher ist es sinnvoll, die Einnahmen aus der CO2-Steuer dort in grüne Forschung, Technologie
24 und Infrastruktur zu investieren, damit Beschäftigung zu sichern und gleichzeitig Zukunftsfähigkeit zu ermög-
25 lichen.

26 Außerdem werden Pendler*innen finanziell unterstützt, deren Bruttoeinkommen unter dem Landes-
27 Medianeinkommen liegt. Ist die Fahrt mit Bahn oder ÖPNV teurer als mit dem PKW, wird die Differenz von
28 EU und Nationalstaat anteilig beglichen. Stehen ÖPNV und Bahn für den Arbeitsweg nachweislich nicht zur
29 Verfügung, wird der durch die Steuer neu entstandene Preisunterschied anteilig von EU, Nationalstaat sowie
30 Land und Kommune übernommen. Um öffentliche Verkehrsmittel auszubauen kann gleichzeitig auf die er-
31 höhte grüne Infrastrukturförderung zurückgegriffen werden.

32 CO2-Zertifikate aus dem bestehenden EU-Emissionshandel werden auf die Steuer angerechnet. Produkte aus
33 dem EU-Ausland unterliegen künftig einem Zoll zum Ausgleich des CO2-Verbrauchs, soweit dieser nicht im
34 Ausgangsland besteuert wurde. Diese Importsteuer auf ausländische Produkte ist nötig, damit die CO2-Steuer
35 nicht über das Ausland umgangen werden kann. Die Regelung verstößt nicht gegen den Hauptvertrag der Welt-
36 handelsorganisation, das „General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)“, da Importeure aus dem Ausland
37 nicht schlechter gestellt werden als EU-Produzent*innen (sog. „Inländerbehandlung“). Falls strengere spezial-

- 38 gesetzliche Regelungen oder bilaterale Handelsverträge anwendbar sind, könnte z.B. auf die Ausnahmegründe
39 des Schutzes von Menschen-, Tier- und Pflanzengesundheit verwiesen werden („Human, Animal or Plant life
40 and Health“, vgl. Art. XX b GATT).

V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

V-5	Jusos Unterfranken	Generelles Tempolimit für PKW, LKW und Bus	55
-----	-----------------------	--	----

V-5

Titel Generelles Tempolimit für PKW, LKW und Bus
Antragsteller*innen Jusos Unterfranken
Adressat*innen

Generelles Tempolimit für PKW, LKW und Bus

- 1 Die Diskussion um ein Tempolimit ist mittlerweile schon uralt. Es gibt ökologisch und ökonomisch ausschließ-
2 lich Vorteile die daraus resultieren, dem entgegen steht das subjektive Spaßempfinden weniger, die gerne mit
3 250 km/h über die Autobahn fahren. Eine Mehrheit der Bevölkerung ist für das Tempolimit. Auch deswegen
4 ist es nicht nachvollziehbar warum die SPD es nicht schafft, dem Koalitionspartner in dieser Debatte die Stirn
5 zu bieten und sich dem Widerstand, der vor allem von Lobbyisten der Autoindustrie getragen wird, entge-
6 genzusetzen. Einige belegbare Vorteile des Tempolimits sind:
- 7 – Die Reduktion von Emissionen.
 - 8 – Ein deutlich geringerer Benzin und Kraftstoffverbrauch.
 - 9 – Eine geringere Feinstaubbelastung.
 - 10 – Eine geringere Abnutzung der Straßen.
 - 11 – Verringerung der Anzahl und Länge von Staus.
 - 12 – Weniger schwere Unfälle mit Personen- und Sachschäden.
- 13 Wir wollen deshalb nochmal den Beschluss der SPD erneuern und fordern:
- 14 1. Die Einführung eines generellen Tempolimits auf Autobahnen von 130 km/h.
 - 15 2. Ein generelles Tempolimit für LKW von 75 km/h.
 - 16 3. Ein generelles Tempolimit für Busse von 100 km/h.
 - 17 4. Ein Überholverbot für LKW auf mehrspurigen Straßen mit baulicher Trennung.
- 18 Das Tempolimit abzulehnen entbehrt jeglicher rationaler Grundlage. Es geht um Menschenleben, die hier aufs
19 Spiel gesetzt werden, nur wegen dem vermeintlichen Fahrspaß weniger und wegen Lobbyinteressen. Daran
20 darf sich die SPD nicht beteiligen! Es gibt zahlreiche Beispiele aus anderen Ländern und Deutschland, in denen
21 das Tempolimit Wirkung zeigt. Es ist Zeit das auch Deutschland diesen Beispielen folgt.

INI Initiativanträge

INI Initiativanträge

INI-1	Jusos Oberbayern	Entspanntes Enteignen	57
INI-3	Jusos Oberpfalz	Rückholung Nguyen Quang Hong Nhan mit Familie	58
INI-5	Jusos Unterfranken	Dem Sultan von Brunei das Bundesverdienstkreuz aberkennen	59

INI-1

Titel	Entspanntes Enteignen	
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern	
Adressat*innen	BayernSPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag	BayernSPD-

Entspanntes Enteignen

- 1 Wir fordern die Schaffung eines Gesetzes auf Grundlage von Art. 15 GG durch die Landesregierung, das eine
- 2 Ermächtigung für die Kommunen beinhaltet, Grund und Boden zu vergesellschaften.

INI-3

Titel	Rückholung Nguyen Quang Hong Nhan mit Familie
Antragsteller*innen	Jusos Oberpfalz
Adressat*innen	BayernSPD-Landtagsfraktion

Rückholung Nguyen Quang Hong Nhan mit Familie

- 1 Wir Jusos fordern die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag dazu auf, sich für eine Rückholung Nguyen Quang
- 2 Hong Nhan und seiner Frau einzusetzen. Zudem soll sich die Landtagsfraktion der BayernSPD dafür einsetzen,
- 3 dass die Tochter des Ehepaares nicht auch abgeschoben wird.
- 4 Begründung:
- 5 Das Klageverfahren gegen den abgelehnten Asylfolgeantrag ist noch nicht einmal abgeschlossen, dennoch
- 6 wurde das Ehepaar abgeschoben. Nguyen Quang Hong Nhan saß in der Vergangenheit schon 20 Jahre, auf-
- 7 grund seines politischen Engagements im Gefängnis. So überrascht es nicht, dass er sofort nach seiner Ankunft
- 8 in Vietnam für mehrere Stunden verhört wurde und nur vorläufig wieder frei kam. Nicht nur wurde durch die-
- 9 se Abschiebung eine Familie zerrissen, sondern es wurden Menschen in Gefahr gebracht. Die SPD als Partei
- 10 der Menschenrechte und der Solidarität muss sich dafür einsetzen, dass diese Menschen wieder in Sicherheit
- 11 gelangen.

INI-5

Titel Dem Sultan von Brunei das Bundesverdienstkreuz ab-
erkennen

Antragsteller*innen Jusos Unterfranken

Adressat*innen

Dem Sultan von Brunei das Bundesverdienstkreuz aberkennen

1 Wir sprechen uns dafür aus, dass dem Sultan von Brunei das Bundesverdienstkreuz aberkannt wird und ver-
2 urteilen die Einführung der Todesstrafe zum 3. April 2019 in Brunei für einvernehmliche sexuelle Handlungen
3 zwischen Erwachsenen desselben Geschlechts aufs Schärfste.

4 Begründung:

5 *Formal:* Der vom Antrag behandelte Sachverhalt wurde erst nach dem Antragsschluss publik. Eine fristgerechte
6 Antragstellung war daher nicht möglich.

7 *Inhaltlich:* Bundespräsident Roman Herzog hat dem Sultan von Brunei im Rahmen dessen Staatsbesuches in
8 Deutschland vom 30. März bis 1. April 1998 das Bundesverdienstkreuz verliehen. Das Verdienstkreuz wird
9 „verliehen für Leistungen [...] im Bereich der politischen, der wirtschaftlich-sozialen und der geistigen Ar-
10 beit“.[1]

11 Seit dem 3. April 2019 ist es in Brunei möglich Homosexualität mit der Todesstrafe durch Steinigung zu ahnden.
12 Mehrere Prominente und auch Firmen haben aus diesem Grund zum Boykott der Hotels des Sultanat aufge-
13 rufen oder die Zusammenarbeit mit dem Land beendet.[2-5] Das Auswärtige Amt hat aufgrund der Gesetzes-
14 änderung die Botschafterin von Brunei eingestellt.[6] Die UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet
15 kritisierte die Einführung der Todesstrafe als „schweren Rückschritt für die Menschenrechte der Einwohner von
16 Brunei“[7] und Staatsminister Michael Roth im Auswärtigen Amt findet „Brunei verlässt den Kreis zivilisierter
17 Staaten. Keine Religion, keine Kultur, keine Tradition, keine Ideologie kann und darf so etwas rechtfertigen.“[8]
18 Auch zahlreiche Menschenrechtsorganisation haben das Vorhaben Bruneis scharf verurteilt. So fordert etwa
19 Amnesty International: „Solche grausamen und unmenschlichen Strafen gesetzlich zu gestatten, ist an sich
20 schon ein Unding. Einige der zukünftigen ‚Straftaten‘ sollten gar nicht als Verbrechen betrachtet werden, so
21 zum Beispiel einvernehmliche sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen desselben Geschlechts.“[9]

22 Weiterhin gibt es eine Petition zum Thema: [https://www.openpetition.de/petition/online/kein-](https://www.openpetition.de/petition/online/kein-bundesverdienstkreuz-fuer-sultan-hassanal-bolkiah-befuerworter-der-todesstrafe-fuer-homosexuell?language=en_GB.utf8)
23 [bundesverdienstkreuz-fuer-sultan-hassanal-bolkiah-befuerworter-der-todesstrafe-fuer-homosexuell?lan-](https://www.openpetition.de/petition/online/kein-bundesverdienstkreuz-fuer-sultan-hassanal-bolkiah-befuerworter-der-todesstrafe-fuer-homosexuell?language=en_GB.utf8)
24 [guage=en_GB.utf8](https://www.openpetition.de/petition/online/kein-bundesverdienstkreuz-fuer-sultan-hassanal-bolkiah-befuerworter-der-todesstrafe-fuer-homosexuell?language=en_GB.utf8)

25